I. LANDTAG

TÄTIGKEITSBERICHT

Landtagspräsident: Albert Frick
Landtagssekretär: Josef Hilti

Die Tätigkeit des Landtags im Jahre 2013

Aufgrund von Art. 62 der Verfassung vom 5. Oktober 1921 hat die Regierung dem Landtag alljährlich einen Rechenschaftsbericht über die gesamte Staatsverwaltung zu erstatten. Analog den Vorjahren wird anlässlich dieser Publikation die Öffentlichkeit über die Tätigkeit des Landtags im Jahre 2013 informiert.

Landtagswahlen 2013

Die Landtagswahlen für die Legislaturperiode 2013 bis 2017 fanden am 3. Februar 2013 statt (Briefwahl bis 1. Februar 2013). Die FBP wurde trotz eines Sitzverlustes mit 10 Sitzen stimmenstärkste Partei im Landtag. Die VU büsste gleich fünf Sitze und damit ihre Mehrheit ein. Sie ist im neuen Landtag mit 8 Sitzen vertreten. Für die Freie Liste (FL) und die DU (die Unabhängigen) verliefen die Wahlen erfolgreich. Die DU nahm erstmals an Landtagswahlen teil und erreichte mit 4 Sitzen auf Anhieb Fraktionsstärke. Mit 2 hinzugewonnenen Sitzen erreichte auch die FL wieder Fraktionsstärke. Somit gibt es in der aktuellen Legislaturperiode erstmals 4 Fraktionen im Landtag. Die Stimmbeteiligung war zwar traditionell noch immer hoch, sank aber im Vergleich zu den Landtagswahlen 2009 deutlich (2013: 79.8%, 2009: 84.6%). Die Briefwahl setzt sich dabei je länger je mehr durch (bereits 95.6% der Stimmabgaben erfolgten per Briefwahl). Der Anteil Frauen im Parlament sank im Vergleich zu 2009 von 6 Sitzen auf 5 Sitze.

	2013	2009
VU:	**8 Sitze (-5)**	13 Sitze
FBP:	**10 Sitze (-1)**	11 Sitze
FL:	**3 Sitze (+2)**	1 Sitz
DU:	**4 Sitze (+4)**	-

Wie schon in der Periode zuvor hat Liechtenstein auch jetzt wieder eine Koalitionsregierung (FBP und VU), angeführt von Regierungschef Adrian Hasler (FBP). Anlässlich der Eröffnungssitzung am 27. März 2013 wurde Albert Frick (FBP) zum Landtagspräsidenten gewählt. Seine Stellvertreterin und somit Landtagsvizepräsidentin ist Violanda Lanter-Koller (VU).

Plenarsitzungen

Der Landtag tagte im Berichtsjahr 2013 an insgesamt 20 Sitzungstagen während rund 174 Stunden und beriet dabei über Gesetzesvorlagen, Finanzbeschlüsse, internationale Übereinkommen etc. (Vorjahr 21.5 Sitzungstage, ca. 184 Stunden). Es gab also kaum einen Rückgang der Anzahl Sitzungstage und -stunden im Vergleich zum Vorjahr, obwohl aufgrund der Wahlen und der anschliessenden Koalitionsverhandlungen die 1. Arbeitssitzung erst im April stattfinden konnte. Nach der Eröffnungssitzung mit Thronrede vom 27. März 2013 trat der Landtag zu 7 ordentlichen Arbeitssitzungen zusammen, für welche jeweils bis zu 3 Arbeitstage in Anspruch genommen wurden. Die erste Arbeitssitzung fand am 24. und 25. April 2013, die letzte inklusive formeller Schliessung des Landtags vom 4. bis 6. Dezember 2013 statt. Die durchschnittliche Dauer eines Sitzungstages betrug im Berichtsjahr rund 9 Stunden. Im Jahr 2013 wurden 167 Landtagsbeschlüsse ausgefertigt und somit 22 Beschlüsse weniger als im Vorjahr (189). 41 Gesetzesvorlagen wurden vom Landtag im Anschluss an die 2. Lesung erlassen (Vorjahr 86). Zudem behandelte der Landtag 19 Finanzvorlagen und 37 Wahlgeschäfte. Des Weiteren wurden 26 Berichte (z. B. Hochbautenbericht, Verkehrsinfrastrukturbericht, Stellenplan oder Bericht über die Justizpflege des Landgerichtes und des Obergerichtes) und diverse mündliche Informationen der Regierung zur Kenntnis genommen. Der Landtag hatte sich im Berichtsjahr 18-mal mit aussenpolitischen Vorlagen zu befassen, dazu debattierte er über periodische Standardtraktanden, wie beispielsweise den Rechenschaftsbericht in der Juni-Sitzung oder den Landesvoranschlag in der November-Sitzung. Diese beiden Themenkreise, zum einen die Finanzhoheit, zum anderen die Kontrolle der Staatsverwaltung, gehören verfassungsgemäss zu den bedeutendsten Aufgaben des Parlaments überhaupt. Anlässlich der Behandlung dieser Traktanden werden dem Landtag jeweils die Budgets und Rechenschaftsberichte der Landesinstitute und Landesanstalten entweder zur Genehmigung oder zur Kenntnisnahme vorgelegt. Während des Berichtsjahrs wurden 3 Einbürgerungsgesuche (Vorjahr 1) durch den Landtag in Behandlung gezogen und gutgeheissen. Die Landtagsabgeordneten reichten im Berichtsjahr eine rekordverdächtige Anzahl von 34 parlamentarischen Eingängen (Vorjahr 22) ein, davon 7 Initiativen, 3 Motionen, 13 Postulate, 9 Interpellationen, 1 Petition und 1 weiteres parlamentarisches Mittel (Abänderung von Eigner- bzw. Beteiligungsstrategien) ein. Die Initiativen zielten u.a. auf die Abänderung des Gesetzes über die Bezüge der Mitglieder des Landtags, die Ausrichtung politischer Beiträge und die Senkung der Sperrklausel ab. Die Motionen betrafen u.a. die Beteiligung an der Liechtensteinischen Landesbank AG, die Beiträge an politische Parteien und das Stimm- und Wahlrecht von im Ausland wohnhaften Liechtensteinern. Die Postulate befassten sich u.a. mit Familienzulagen, mit der Motorfahrzeugsteuer, mit grenzüberschreitenden Verkehrsproblemen oder mit der Reduktion des Energieverbrauchs. Die Interpellationen betrafen u.a. die Themen Polizeiwesen, Pauschalbesteuerung, Medienförderungsgesetz und die Privatklinik Bendern. Die Petition

befasste sich mit dem Erhalt und der Weiterentwicklung der Stabsstelle für Chancengleichheit. Die Beantwortung von Parlamentarischen Eingängen wie Postulaten und Interpellationen durch die Regierung erfolgte gemäss Geschäftsordnung des Landtags in schriftlicher Form. Auch im Berichtsjahr stellten die Abgeordneten regelmässig Kleine Anfragen an die Regierung, welche gemäss Geschäftsordnung jeweils spätestens am Ende des 3. Sitzungstages von der Regierung beantwortet wurden. Der Landtag tagte im Berichtsjahr 7-mal in nichtöffentlicher Sitzung. Normalerweise findet die nichtöffentliche Sitzung am ersten Tag der Landtagssitzung vor Beginn der öffentlichen Nachmittagssitzung statt. In den nichtöffentlichen Sitzungen werden hauptsächlich vertrauliche Themen diskutiert und behandelt, wie beispielsweise die aktuelle Situation des liechtensteinischen Finanzplatzes, Ämterprüfungen, Personalentscheidungen oder organisatorische Belange, welche den Landtag selbst betreffen.

Landesausschuss

Gemäss Verfassung des Fürstentums Liechtenstein besorgt der Landesausschuss die Geschäfte des Landtags und seiner Kommissionen während der Zeit zwischen Schliessung und Wiedereröffnung des Landtags. Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Arthur Brunhart mit den Abgeordneten Peter Hilti, Günther Kranz und Elmar Kindle (Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend war entschuldigt) tagte der Landesausschuss im Berichtsjahr 1-mal.

Landtagskommissionen – Ständige Kommissionen

Landtagskommissionen tagen in nichtöffentlichen Sitzungen. Sie haben vor allem beratende und abklärende Funktion und informieren das Plenum in der Regel schriftlich anhand von Sitzungsprotokollen oder Berichten.

Aussenpolitische Kommission
Die Aussenpolitische Kommission tagte in 6 Arbeitssitzungen. Ihr gehörten Landtagspräsident Albert Frick (Vorsitz) und die Abgeordneten Alois Beck, Karin Rüdisser-Quaderer, Pio Schurti und Thomas Lageder als Mitglieder an. Neben der Vorberatung aussenpolitischer Traktanden des Landtags wurden unter anderem diverse Übereinkommen sowie Beschlüsse des gemeinsamen EWR-Ausschusses behandelt. Zu den Standardtraktanden gehörten die Berichte der Regierung zur aussenpolitischen Lage, die Jahresberichte der einzelnen Delegationen bei den internationalen Parlamentarier-Organisationen (Europarat, OSZE, IPU, EWR/EFTA, Bodenseekommission) sowie die Berichte der EFTA und der Europäischen Überwachungsbehörde (ESA). Die Regierung informierte zudem regelmässig über den Finanzplatz Liechtenstein sowie über die Aufgaben und die personellen Anforderungen im Bereich der liechtensteinischen Aussenpolitik. Das Hauptaugenmerk lag im Jahre 2013 auf dem Abschluss von Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Drittländern sowie auf dem Abschluss weiterer bilateraler Abkommen in Steuerangelegenheiten. Zudem lag der Fokus auf dem Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Liechtenstein und Österreich. Ausserdem nahmen Landtagspräsident Albert Frick und Landtagssekretär Josef Hilti vom 27. bis 29. August 2013 an der 8. Parlamentspräsidentenkonferenz europäischer Kleinstaaten (Andorra, Malta, Zypern, Monaco, Montenegro, Island, San Marino, Liechtenstein, Luxemburg) in Reykjavik teil. Hauptthemen waren dabei die Auswirkungen von ökonomischen Problemfeldern auf die europäischen Kleinstaaten und eine mögliche Intensivierung der Zusammenarbeit der Kleinstaaten in den Bereichen Forschung und Bildung.

Finanzkommission
Die Finanzkommission wurde im Jahr 2013 von den Abgeordneten Johannes Kaiser (Vorsitz), Wendelin Lampert, Thomas Vogt, Herbert Elkuch und dem stellvertretenden Abgeordneten Andreas Heeb gebildet. In 14 Sitzungen (davon 1 ausserordentlich) wurde über finanzrelevante Themen beraten. Die Arbeit der Finanzkommission besteht gemäss Art. 65 der Geschäftsordnung für den Landtag des Fürstentums Liechtenstein (LGBl. 2013 Nr. 9) in der Prüfung und Begutachtung von Voranschlägen des Staates und der sonstigen Körperschaften, der Anstalten öffentlichen Rechts sowie der staatlichen Betriebe, ausgenommen der Gemeinden. Weiter hat die Finanzkommission sämtliche Vorlagen über Kredite, Bürgschaften, Anleihen des Staates, Kauf und Verkauf von Liegenschaften, die Ausführung von Staatsbauten und die Gewährung von ausserordentlichen Beiträgen und Unterstützungen auf ihre Relevanz und Gesetzesmässigkeit hin zu prüfen. Die Finanzkommission kann vom Landtag ermächtigt werden, an seiner Stelle über die Zustimmung betreffend den Erwerb oder die Veräusserung von Grundstücken zu entscheiden. Neben den jährlich wiederkehrenden Traktanden (Landesvoranschlag und Finanzplanung, Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen, Anlagestrategie der Poolanlagen, Berichterstattung der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein, Hochbautenbericht, Verkehrsinfrastrukturbericht u.a.) und der andauernden Aktualität der Sanierung des Staatshaushaltes gab es im Berichtsjahr insbesondere folgende erwähnenswerte Behandlungsthemen: Pensionsversicherung für das Staatspersonal; zukünftige Ausrichtung des Telekommunikationsstandortes Liechtenstein; Staatsbeitrag an die Universität Liechtenstein; Teilnahme an «Horizon 2020».

Geschäftsprüfungskommission
Gemäss Art. 63 der Verfassung des Fürstentums Liechtenstein kommt der Geschäftsprüfungskommission die Aufgabe zu, für den Landtag das Recht der Kontrolle über die gesamte Staatsverwaltung und deren Verwaltungshandeln auszuüben. Die Geschäftsprüfungskom-

mission wird dabei in ihrer Arbeit durch die Finanzkontrolle unterstützt. Die Geschäftsprüfungskommission trat im Berichtsjahr zu insgesamt 10 Sitzungen zusammen. Ihr gehörten die Abgeordneten Wolfgang Marxer (Vorsitz), Peter Büchel, Erich Hasler und die stellvertretenden Abgeordneten Rainer Gopp und Patrick Risch an. Neben den jährlich wiederkehrenden Traktanden wie den IT- und Security-Reviews sowie den diversen Berichten der Finanzkontrolle (u.a. zur Landesrechnung) wurden im Berichtsjahr 2013 vor allen Dingen folgende Traktandenpunkte behandelt: Pensionsversicherung für das Staatspersonal, Finanzmarktaufsicht Liechtenstein, Kontrolle der Eigner- und Beteiligungsstrategien, Regierungs- und Verwaltungsreform, neuer Arzttarif, JUFA-Gästehaus Malbun und aktuelle Situation Theater am Kirchplatz. Während des Berichtsjahres stattete die Geschäftsprüfungskommission der Stabsstelle SIFA und den Stabsstellen Regierungssekretär und Regierungskanzlei einen Arbeitsbesuch ab. Diese Besuche vor Ort gewähren der Geschäftsprüfungskommission jeweils interessante Einblicke in die Geschäftstätigkeiten und -abläufe der entsprechenden Stellen. Zudem eröffnen diese Besuche den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission die Möglichkeit, spezifische Probleme bei den betreffenden Stellen näher erörtern zu können.

Das Landtagspräsidium
Im Zuge der Reform der Geschäftsordnung für den Landtag, welche am 1. Februar 2013 in Kraft getreten ist, wurde der Begriff des Landtagsbüros durch den Begriff des Landtagspräsidiums ersetzt (GOLT Art. 10). Infolge dieser Reform wurden auch die Aufgabenbereiche des Landtagspräsidiums neu definiert. Neben Landtagspräsident Albert Frick und Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller gehörten die Fraktionssprecher Christine Wohlwend (FBP), Christoph Wenaweser (VU), Harry Quaderer (DU), Helen Konzett Bargetze (FL) sowie Landtagssekretär Josef Hilti mit beratender Stimme dem Landtagspräsidium an. Das Landtagspräsidium trat im Berichtsjahr zu 8 Sitzungen zusammen und befasste sich hauptsächlich mit der Festlegung der Tagesordnungen für die öffentlichen und nichtöffentlichen Landtagssitzungen. Des Weiteren standen die folgenden Themen/Ereignisse im Vordergrund: Live-Übertragungen der Landtagssitzungen, Reglementierung der Aktuellen Stunde, Festlegung des Landtagsbudgets 2014, Besuch des stellvertretenden deutschen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse beim Landtag, Treffen der parlamentarischen Freundschaftsgruppe Schweiz/Liechtenstein in Bern am 20. und 21. November.

Landtagskommissionen – Besondere Kommissionen

Gemäss Geschäftsordnung kann der Landtag bei Bedarf besondere Kommissionen bestellen und einsetzen. Ihre Funktionsdauer endet dabei mit der Erledigung des Auftrags, spätestens jedoch mit Ablauf der Mandatsperiode. Die besonderen Kommissionen bereiten dabei einzelne Gesetze oder andere Geschäfte vor und stellen dem Landtag entsprechend Antrag.

EWR-Kommission
Die EWR-Kommission überprüft die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in Brüssel mit Blick darauf, ob sie gemäss Art. 8 Abs. 2 der Verfassung dem Landtag zur Behandlung und Entscheidung vorzulegen sind. Die Mitglieder der EWR-Kommission, die Abgeordneten Christian Batliner (Vorsitz), Christoph Beck und der stellvertretende Abgeordnete Thomas Rehak überprüften in 8 Sitzungen die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses bzw. die EU-Richtlinien und -Verordnungen. Die Unterlagen dazu werden jeweils direkt von der Stabsstelle EWR zur Verfügung gestellt. 2013 wurden 400 EU-Rechtsakte (total seit Abkommen 7'216) durch 235 Beschlüsse (total seit Abkommen 2'965) des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in das EWR-Abkommen übernommen (Quelle: Stabsstelle EWR/EEA Coordination Unit).

Besondere Landtagskommission zur Bestellung einer Ombudsperson für Kinder und Jugendliche
Die Mitglieder der Kommission zur Bestellung einer Ombudsperson für Kinder und Jugendliche, die Abgeordneten Elfried Hasler (Vorsitz), Frank Konrad, Thomas Lageder und die stellvertretenden Abgeordneten Helmuth Büchel und Peter Wachter tagten im Berichtsjahr 3 mal, um eine geeignete Ombudsperson für Kinder und Jugendliche auszuwählen und dem Landtag zur Wahl vorzuschlagen. Vom Landtag gewählt und somit im Amt bestätigt wurde Frau Margot Sele, Vaduz.

Richterauswahlgremium
Das Richterauswahlgremium mit den Abgeordneten Manfred Batliner, Thomas Vogt, Pio Schurti und Thomas Lageder trat im Berichtsjahr zu 5 Sitzungen zusammen, um ihre Aufgabe in diesem Gremium adäquat zu erfüllen. Die vom Richterauswahlgremium dem Landtag in Vorschlag gebrachten Kandidatenvorschläge wurden von diesem allesamt gutgeheissen.

Parlamentarische Delegationen

Der Landtag wählt seine Delegationen für die Parlamentarischen Versammlungen internationaler Organisationen oder für Parlamentarierorganisationen zu Beginn einer Mandatsperiode für 4 Jahre. Die Delegationen sind laut Geschäftsordnung angehalten, dem Landtag jährlich bis Ende April einen Tätigkeitsbericht, welcher im Plenum diskutiert wird, zu unterbreiten. Die Berichte sind öffentlich und geben Auskunft über die in den jeweiligen internationalen Gremien geführten Themendebatten. Die Berichte können bei der Regierungskanzlei oder beim Parlamentsdienst bezogen werden. Bezüglich

Detailliertheit der folgenden Kurzberichte sei an dieser Stelle auf die ausführlicheren Berichte der jeweiligen Delegationen hingewiesen.

Parlamentarische Versammlung des Europarates
Die Abgeordneten Gerold Büchel (Delegationsleiter) und Judith Oehri als ordentliche Mitglieder, sowie Karin Rüdisser-Quaderer und der stellvertretende Abgeordnete Rainer Gopp als Ersatzmitglieder vertraten Liechtenstein im Jahre 2013 bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg. Die Parlamentarische Versammlung ist das beratende Gremium des Europarates, das aus Abgeordneten der 47 nationalen Parlamente besteht. Sie war die erste pan-europäische Versammlung in der Geschichte unseres Kontinents. Mit den Delegationen aus den nationalen Parlamenten ist sie nach wie vor das grösste politische Forum Europas. Im Berichtsjahr fanden insgesamt vier Sessionen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg statt (Winter-, Frühjahrs-, Sommer- und Herbstsession), an welchen die liechtensteinische Delegation vertreten war. Ausserhalb dieser Sessionswochen wurden weitere Sitzungen der Fachkommissionen des Europarates in Strassburg oder an anderen Orten im Ausland abgehalten. Im Berichtsjahr nahmen zwei Delegationsmitglieder an Wahlbeobachtungsmissionen in Aserbaidschan und in Georgien teil. Pro Jahr werden die Delegationsmitglieder rund fünf bis sechs Wochen für diese Aufgaben beansprucht. An den Sessionen wurde unter anderem über nachstehende Traktanden debattiert: Syrische Flüchtlinge in Jordanien, Türkei, Libanon und Irak – Organisation und Unterstützung internationaler Hilfe; Kampf gegen Kindersextourismus; Frontex – Verantwortung für die Menschenrechte; Die Situation im Mittleren Osten; Korruption als Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit; Gleicher Zugang zur Gesundheitsversorgung; Lebensmittel Sicherheit – eine permanente Herausforderung und Die Stärkung der Institution des Ombudsmannes in Europa.

EWR/EFTA Parlamentarierkomitee
Die Delegation des Liechtensteinischen Parlaments bei den EFTA- und EWR-Parlamentarierkomitees setzte sich im Berichtsjahr 2013 aus dem Landtagspräsident Albert Frick (Delegationsleiter) und dem Abgeordneten Harry Quaderer als ordentliche Mitglieder, sowie dem Abgeordneten Eugen Nägele und dem stellvertretenden Abgeordneten Manfred Kaufmann als Ersatzmitglieder zusammen. Neben den Delegationen aus Liechtenstein waren regelmässig Parlamentarier aus Island, Norwegen und der Schweiz vertreten. Die Hauptaufgaben der EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees sind, sich mit Fragen des EWR bzw. der EFTA auseinanderzusetzen und Stellungnahmen dazu abzugeben. Die Delegation nahm vom 29. bis 30. Mai am 40. JPC-Meeting in Brüssel teil. Dabei wurden die folgenden drei Beschlüsse verabschiedet: «Die Zukunft des EWR und die Beziehungen der EU zu Kleinstaaten und der Schweiz»; «Verkehrspolitik im Europäischen Wirtschaftsraum» sowie «Jahresbericht 2012 über das Funktionieren des EWR-Abkommens». Weiter informierten die Botschafter von Andorra, Monaco und San Marino das Komitee über den aktuellen Stand der Beziehungen ihrer Staaten mit der Europäischen Union sowie die Aussichten ihrer Integration in den Binnenmarkt. Vom 23. bis 25. Juni nahm die Delegation am 106. CMP- und 73. MPS-Meeting sowie am 48. EFTA-Ministertreffen und am 14. Joint Meeting mit dem Konsultativkomitee in Trondheim teil. Das Parlamentarierkomitee verabschiedete einen Beschluss welcher den nationalen Parlamenten der EFTA-Staaten einen Beobachterstatus in den Mechanismen von Europol und Eurojust gewähren soll. Anschliessend informierten die Minister über die neusten Entwicklungen bezüglich Freihandelsabkommen. Das 41. JPC-Meeting fand vom 28. bis 29. Oktober in Vaduz statt. Die folgenden Beschlüsse wurden verabschiedet: «Die Rechte der Bürger in den EU- und EWR/EFTA-Staaten» und «Die Arktis». Weiter wurde das Komitee seitens gemeinsamen EWR-Komitees, EFTA-Überwachungsbehörde und EWR-Rat über die neusten Entwicklungen des EWR-Abkommens informiert. Vom 29. bis 31. Oktober nahm die Delegation an einem CMP/MPS-Delegationsbesuch in Zagreb teil. Thema der Gespräche mit verschiedenen Ausschüssen des Kroatischen Parlaments waren jeweils der EU-Beitritt Kroatiens am 1. Juli 2013 sowie die aktuellen Verhandlungen zum EWR-Abkommen. Am 18. November nahm die Delegation schliesslich am 107. CMP-, 74. MPS-Meeting und 49. EFTA Ministertreffen in Genf teil. Das Parlamentarierkomitee verabschiedete den Beschluss «The Green Paper on Climate and Energy 2030» welcher bereits in Vaduz als Arbeitspapier diskutiert wurde. Anschliessend wurden die Delegierten über die neusten Entwicklungen bei der Welt Handel Organisation sowie über die Verhandlungen der EU mit den USA über eine Transatlantische Handels- und Investment-Partnerschaft (TTIP) informiert. Am 19. November fand ein EWR/EFTA Standing Committee Meeting auf Ministerebene mit Parlamentarierkomitee und Konsultativkomitee sowie das 3. Gemeinsame Meeting mit dem EWR/EFTA-Forum für Lokale und Regionale Behörden und dem EFTA-Parlamentarierkomitee in Brüssel statt. Die Minister informierten über das Ergebnis des EWR-Ratstreffen sowie über die aktuellen Kernpunkte der EWR-Agenda. Im Fokus des jährlich stattfindenden Treffens mit dem EWR/EFTA-Forum für Lokale und Regionale Behörden steht der Informationsaustausch zwischen den Gremien.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE im Jahre 2013 setzte sich aus den Abgeordneten Karin Rüdisser-Quaderer (Delegationsleiterin) und Helen Konzett Bargetze als ordentliche Mitglieder sowie den Abgeordneten Judith Oehri und Elfried Hasler als Ersatzmitglieder zusammen. Ziel der Parlamentarischen Ver-

sammlung der OSZE ist es, die parlamentarische Seite innerhalb der OSZE zu stärken sowie den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten zu erleichtern. Die Delegation war im Berichtsjahr sowohl an der Jahrestagung als auch an der Herbsttagung vertreten. Aufgrund der Landtagswahlen im Februar konnte die Delegation nicht an der Wintertagung in Wien vom 21. bis 22. Februar teilnehmen. Die 22. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung fand vom 29. Juni bis 3. Juli in Istanbul statt. Die Jahrestagung hatte sich den «Helsinki +40» Prozess zum Schwerpunktthema gesetzt und hat in Vorbereitung auf den 40. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki im Jahr 2015 Vorschläge für institutionelle Reformen zur Neuausrichtung der OSZE diskutiert. Weitere Themen der Tagung waren die Transparenz in den OSZE-Institutionen, Menschenhandel, Humanitäre Krise in Syrien, Arktis, Guantanamo sowie die Situation im Mittleren Westen. Abschliessend wurden traditionsgemäss diverse Wahlen durchgeführt. Am Ende der Tagung wurde die «Istanbul Deklaration» verabschiedet, welche die Mitgliedsstaaten auffordert, sich auf höchster politischer Ebene zur vollen Umsetzung der OSZE-Verbindlichkeiten sowie zur Stärkung der Organisation zu verpflichten. Die jährlich stattfindende Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung fand vom 13. bis 15. Oktober in Budva (Montenegro) statt. Die Tagung stand unter dem Thema «Transnationale Bedrohungen und Schutz der Menschenrechte: Die Rolle der OSZE». Ebenfalls wurden folgende Themen an der Tagung erörtert: Die Situation in Syrien, Das Mittelmeer – eine Union der Kulturen sowie Der Kampf gegen Terrorismus. Die Herbstkonferenz eröffnet den Mitgliedern der Versammlung jeweils die Möglichkeit, Fachexperten auf spezielle Themen, welche für die OSZE-Staaten von besonderem Interesse sind, anzusprechen.

Interparlamentarische Union (IPU)

Der liechtensteinischen Delegation bei der Interparlamentarischen Union gehörten als Mitglieder im Berichtsjahr Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller (Delegationsleiterin) und der stellvertretende Abgeordnete Helmuth Büchel als ordentliche Mitglieder sowie die Abgeordneten Pio Schurti und Wolfgang Marxer als Ersatzmitglieder an. Analog den Vorjahren fanden im Berichtsjahr neben diversen Sitzungen der unterschiedlichen Arbeits- und Expertengruppen der IPU zwei grosse Jahreskonferenzen statt. Die erste Konferenz tagte vom 22. bis 27. März 2013 in Quito, Ecuador, die zweite vom 7. bis 10. Oktober 2013 in Genf. In Quito war die liechtensteinische Delegation nicht vertreten, da die Delegation aufgrund der Wahlen im Februar 2013 erst an der Eröffnungssitzung des Landtags am 27. März 2013 bestellt werden konnte. Eine seriöse Vorbereitung auf die Konferenz war somit verunmöglicht. An der 129. IPU-Konferenz in Genf war die liechtensteinische Delegation durch Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller (Delegationsleiterin) und den stellvertretenden Abgeordneten Helmuth Büchel, in Begleitung von Landtagssekretär Josef Hilti, vertreten. Haupttraktanden der Konferenz waren insbesondere: Die Rolle der Parlamente bei der Überwachung der Vernichtung chemischer Waffen sowie das Verbot, diese einzusetzen; Der Beitrag der Parlamente auf dem Weg zu einer Welt ohne Nuklearwaffen; Risikoresistente Entwicklung unter Berücksichtigung demografischer Trends und natürlicher Einschränkungen; Die Rolle der Parlamente beim Schutz der Kinderrechte, insbesondere die Rechte unbegleiteter Migrantenkinder, sowie bei der Verhinderung ihrer Ausbeutung in Kriegen und Konflikten. Ebenfalls wurde das Jahresprogramm 2014 inklusive Budget bekanntgegeben sowie die Durchführung von entsprechenden Wahlen in diverse IPU-Gremien vorgenommen. Die 130. Versammlung der IPU wird vom 17. bis 20. März 2014 wiederum in Genf stattfinden.

Parlamentarier-Kommission Bodensee

Die Parlamentarier-Kommission Bodensee ist ein Forum mit der Aufgabe und dem Ziel, in einem zweimal jährlich durchgeführten Informations- und Meinungsaustausch grenzüberschreitende Probleme zu erörtern, gemeinsame Lösungen anzustreben und sich über ihre Mitglieder in den Parlamenten für deren Umsetzung einzusetzen. Dabei treffen sich jeweils Parlamentarier aus Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, St. Gallen, Appenzell, Schaffhausen, Thurgau, Zürich und Liechtenstein. Im Berichtsjahr vertraten Landtagspräsident Albert Frick (Delegationsleiter), die Abgeordneten Christoph Beck und Helen Konzett Bargetze und der stellvertretende Abgeordnete Peter Wachter den liechtensteinischen Landtag in diesem Gremium. Der Freistaat Bayern hatte im Berichtsjahr den Vorsitz inne. Die 40. Sitzung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee fand am 15. März 2013 im Maximilianeum des Bayerischen Landtags statt. Aufgrund der Wahlen im Februar 2013 und der Bestellung der Delegation an der Eröffnungssitzung des Landtags am 27. März 2013 war die liechtensteinische Delegation dabei nicht vertreten. Auf der Tagesordnung standen dabei das Schwerpunktthema «Europäische Strategie für den Alpenraum – Auswirkungen für den Bodenseeraum» und folgende weitere Themen: Elektrifizierung der Bahnstrecke München-Lindau, dramatischer Fangrückgang beim Bodenseefelchen, einheitliche Funkfrequenzen für die Schifffahrt auf dem Bodensee und Behindertentarife auf den Bodenseeschiffen. Am 6. September 2013 fand in Hafen von Lindau auf der MS Stadt Bregenz die 41. Sitzung der der Parlamentarier-Konferenz Bodensee statt. Aufgrund der gleichzeitig stattfindenden Landtagssitzung war die liechtensteinische Delegation auch an dieser Sitzung nicht vertreten. Das Schwerpunktthema der Sitzung war «Verkehrsprobleme im Bodenseeraum» und als ergänzende Thematik wurde die Treibholzproblematik diskutiert. Die jährlich stattfindende Präsidentenkonferenz zur Vertiefung der Kontakte, wurde im Beisein

von Landtagspräsident Albert Frick (in Begleitung von Landtagssekretär-Stellvertreter Philipp Pfeiffer) am 14. Juni 2013 im Hotel Sonnenalp Resort in Ofterschwang im Allgäu abgehalten. Dabei wurden insbesondere Historie und Kultur des Bodenseeraums und deren wirtschaftlichen Verknüpfungen diskutiert. Im Jahr 2014 wird der Kanton Appenzell Innerrhoden den Vorsitz innehaben.

Parlamentsdienst

Das Landtagssekretariat wurde im Zuge der Reform der Geschäftsordnung, welche am 1. Februar 2013 in Kraft getreten ist, in Parlamentsdienst umbenannt. Die Aufgaben des Parlamentsdienstes sind dabei in Art. 17 GOLT umrissen. Obwohl der Landtag als Institution bereits 1818 geschaffen wurde, nahm das Landtagssekretariat bzw. der Parlamentsdienst seinen Betrieb erst im Jahre 1990 auf. Heute besteht der Parlamentsdienst aus dem Landtagssekretär Josef Hilti, seinem Stellvertreter Philipp Pfeiffer, drei Vollzeitangestellten, einer Teilzeit-Mitarbeiterin und zwei Schreibkräften auf Teilzeitbasis. Der Landtagssekretär und sein Stellvertreter werden gemäss Art. 16, Abs. 2 GOLT vom Landtag bestellt. Der Parlamentsdienst zeichnet insbesondere verantwortlich für die Protokollierung der Landtagsdebatten, der Kommissions- und Delegationssitzungen sowie die Erstellung der Landtagsbeschlüsse. Zudem ist der Parlamentsdienst die offizielle Anlaufstelle des Landtags für andere Parlamente und internationale Organisationen. Der Arbeitsanfall ist seit Inbetriebnahme im Jahre 1990 insbesondere aufgrund der generell verstärkten Internationalisierung der Parlamentsarbeiten stark angewachsen. Der Parlamentsdienst verfügt derzeit zur Arbeits- und Aufgabenbewältigung inklusive den Schreibkräften über 6.40 Stellen. Die Landtagsbroschüren (in deutscher und englischer Sprache) sowie Broschüren zum Landtagsgebäude können kostenlos beim Parlamentsdienst angefordert werden. Interessierte haben zudem die Möglichkeit, weitere Informationen auf der Homepage des Landtags (www.landtag.li) einzusehen.

Überblick über die Landtagsbeschlüsse im Jahre 2013

Eröffnungssitzung vom 27. März 2013

- Thronrede S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
  S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein eröffnet die Landtagssession und richtet die Thronrede an die Landtagsabgeordneten.
- Bestellung der Wahlaktenprüfungskommission
  In die Wahlaktenprüfungskommission werden die Abgeordneten Gerold Büchel und Erich Hasler (Prüfung der Wahlakten für den Wahlkreis Oberland) sowie die Abgeordneten Frank Konrad und Thomas Lageder (Prüfung der Wahlakten für den Wahlkreis Unterland) bestellt.
- Validierung der Landtagswahlen und der Wahl seiner Mitglieder
  Der Landtag hat die Gültigkeit der Landtagswahl vom 3. Februar 2013 als solche und die Wahl seiner Mitglieder aufgrund der Wahlprotokolle geprüft und bestätigt (Validierung).
- Vereidigung durch S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
  Die Landtagsabgeordneten und die stellvertretenden Abgeordneten legen den Eid vor S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein ab, unterzeichnen das Vereidigungsprotokoll und erhalten die Wahlurkunde.
- Ansprache des Alterspräsidenten
- Wahl des Landtagspräsidenten
  Abg. Albert Frick
- Wahl des Landtagsvizepräsidenten
  Abg. Violanda Lanter-Koller
- Wahl der Schriftführer
  Abg. Christoph Beck
  Abg. Johannes Kaiser
- **Wahl der Aussenpolitischen Kommission (APK)**
  Landtagspräsident Albert Frick, Vorsitz
  Abg. Alois Beck
  Abg. Thomas Lageder
  Abg. Karin Rüdisser-Quaderer
  Abg. Pio Schurti
- Wahl der Finanzkommission (FKO)
  Abg. Johannes Kaiser, Vorsitz
  Abg. Herbert Elkuch
  Stv. Abg. Andreas Heeb
  Abg. Wendelin Lampert
  Abg. Thomas Vogt
- Wahl der Geschäftsprüfungskommission (GPK)
  Abg. Wolfgang Marxer, Vorsitz
  Abg. Peter Büchel
  Stv. Abg. Rainer Gopp
  Abg. Erich Hasler
  Stv. Abg. Patrick Risch
- Wahl der Delegation für die Parlamentarische Versammlung des Europarates
  Abg. Gerold Büchel, Delegationsleiter
  Abg. Judith Oehri
  Stv. Abg. Rainer Gopp (Ersatzmitglied)
  Abg. Karin Rüdisser-Quaderer (Ersatzmitglied)
- Wahl der Delegation für die Parlamentarische Versammlung der OSZE
  Abg. Karin Rüdisser-Quaderer, Delegationsleiterin
  Abg. Helen Konzett Bargetze
  Abg. Elfried Hasler (Ersatzmitglied)
  Abg. Judith Oehri (Ersatzmitglied)
- Wahl der Delegationen für die EFTA/EWR-Parlamentarierkomitees
  Landtagspräsident Albert Frick, Delegationsleiter
  Abg. Harry Quaderer
  Abg. Manfred Kaufmann (Ersatzmitglied)
  Abg. Eugen Nägele (Ersatzmitglied)
- Wahl der Parlamentarier-Kommission Bodensee
  Landtagspräsident Albert Frick, Delegationsleiter
  Abg. Christoph Beck

Abg. Helen Konzett Bargetze
Stv. Abg. Peter Wachter
- Wahl der Delegation für die Interparlamentarische Union (IPU)
  Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller, Delegationsleiterin
  Stv. Abg. Helmuth Büchel
  Abg. Wolfgang Marxer (Ersatzmitglied)
  Abg. Pio Schurti (Ersatzmitglied)
- Wahl der EWR-Kommission
  Abg. Christian Batliner, Vorsitz
  Abg. Christoph Beck
  Stv. Abg. Thomas Rehak
- Wahl der Mitglieder des Richterauswahlgremiums
  Abg. Manfred Batliner
  Abg. Thomas Lageder
  Abg. Pio Schurti
  Abg. Thomas Vogt
- Wahl der Regierung
  Regierungschef:
  Adrian Hasler, Saxweg 15, 9495 Triesen
  Regierungsräte:
  Marlies Amann-Marxer, Alemannenstrasse 12, 9492 Eschen
  Aurelia Frick, Runkelsstrasse 19, 9495 Triesen
  Mauro Pedrazzini, Festspielstrasse 9, 9492 Eschen
  Regierungschef-Stellvertreter:
  Thomas Zwiefelhofer, Fürst-Franz-Josef-Strasse 64, 9490 Vaduz
  Regierungsrat-Stellvertreter:
  Isabel Donhauser-Frick, Zum St. Johanner 6, 9490 Vaduz
  Andrea Klein, Klosterwingert 28, 9493 Mauren
  Roland Moser, Im Gässle 5, 9490 Vaduz
  Georg Wohlwend, Abtswingertweg 1, 9490 Vaduz
  Carmen Zanghellini-Pfeiffer, Allmeindstrasse 11, 9486 Schaanwald

Öffentliche Landtagssitzung vom 24./25. April 2013
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 24./25. April 2013
- Genehmigung des Protokolls der Eröffnungssitzung vom 27. März 2013
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  - Personalbestand und Personalaufwand der Regierung und Landesverwaltung
  - Beteiligung an der Liechtensteinischen Landesbank
- Anfragen der Abg. Helen Konzett Bargetze:
  - Beschilderung von Naturschutzgebieten
  - Eurostat
  - Landeskommissionen und Beiräte
- Anfrage der Abg. Judith Oehri:
  - Verbindung Ruggell – Salez mit den öffentlichen Verkehrsmitteln
- Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
  - Doppelbesteuerungsabkommen mit Österreich
- Anfragen des Abg. Erich Hasler:
  - Steuerverwaltung
  - Gebäude der ehemaligen Präsidial-Anstalt
- Anfragen des Abg. Christoph Beck:
  - öffentlicher Verkehr
  - Liechtensteinische Landesbank
- Anfrage des Abg. Frank Konrad:
  - Liechtensteinische Landesbank
- Anfrage des Abg. Christoph Wenaweser:
  - Landesbank und die Post AG
- Anfragen des Abg. Wolfgang Marxer:
  - Sparmassnahmenpaket von CHF 50 Mio.
  - Abacha-Gelder
- Anfragen des Abg. Herbert Elkuch:
  - Abkommen zwischen Liechtenstein und dem Heiligen Stuhl
  - Radfahrweg und Strassenverschmälerung in Nendeln/Schaan
- Anfrage der Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller:
  - Pensionsversicherung für das Staatspersonal
- Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
  - Feier «Energieland Liechtenstein»
  - Buch von Klaus Tschütscher
  - Kooperation des Liechtensteinischen Landesspitals mit dem Spital Grabs
  - Magistratenfonds
  - Möbel der scheidenden Regierungsmitglieder
  - bewaffnetes Wachpersonal
  - Liechtenstein an der Tourismusbörse in Berlin
  - Telecom Liechtenstein AG
  - Stiftungsaufsichtsbehörde
- Anfragen des Abg. Pio Schurti:
  - Bushaltestelle bei den weiterführenden Schulen in Triesen
  - Personalbestand in der Landesverwaltung
- Aktuelle Stunde
- Postulat zum «Stimm- und aktiven Wahlrecht Liechtensteiner Staatsangehöriger im Ausland» der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 2. April 2013
  Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Postulat «Grenzüberschreitende Verkehrsprobleme gemeinsam lösen» der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 25. März 2013 Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Bewilligung von Nachtragskrediten (II/2013) (Nr. 4/2013)
  Die Nachtragskredite werden bewilligt.
- Jahresbericht 2012 der Delegation für die EFTA/EWR-Parlamentarierkomitees
  Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2012 der Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU)
  Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2012 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2012 der Delegation bei der Parlamentarier-Kommission Bodensee
  Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2012 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
  Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Steuergesetzes sowie Postulatsbeantwortung zur Einführung eines neuen Grenzsteuersatzes für Spitzenverdiener (Nr. 139/2012); [1. Lesung: 21. Dezember 2012] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 5/2013); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Beschluss Nr. 13/2013 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2008/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 zur Einführung eines gemeinschaftlichen Verfahrens zur Gewährleistung der Transparenz der vom industriellen Endverbraucher zu zahlenden Gas- und Strompreise) (Nr. 9/2013)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 229/2012 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2011/90/EG vom 14. November 2011) (Nr. 6/2013)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Entschädigung des Präsidenten der Landessteuerkommission (RA 2012/1886-1778)
  Die Entschädigung wird genehmigt
- Einbürgerungsgesuch von
  Isabell Clara Maria Rüdt, Vaduz
  Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Abänderung des Finanzkonglomeratsgesetzes, des Bankengesetzes sowie des Gesetzes über die Verwalter alternativer Investmentfonds (Nr. 2/2013); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Nr. 3/2013); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Konsumkreditgesetzes (KKG) (Nr. 7/2013); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Nr. 8/2013); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen

Öffentliche Landtagssitzung vom 22./23./24. Mai 2013
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 22./23./24. Mai 2013
- Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  - Stelle des Integrationsbeauftragten
  - Aufträge zur Beantwortung Kleiner Anfragen
- Anfrage des Abg. Peter Büchel:
  - Liechtenstein Marketing
- Anfragen des Stv. Abg. Patrick Risch:
  - Kommission für Gleichstellung von Mann und Frau
  - Herbizideinsatz
  - Verbot von bienengefährdenden Pestiziden
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
  - Sanktionierung fehlbarer Leistungserbringer im Gesundheitswesen
- Anfragen der Abg. Helen Konzett Bargetze:
  - Fortpflanzungsmedizingesetz
  - Besteuerung von Liegenschaften
  - Motorfahrzeugsteuer im internationalen Vergleich
- Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
  - bürokratische Überreglementierungen
- Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
  - Überschuldung des Landesmuseums
  - stellvertretende Regierungsmitglieder
  - Finanzkontrolle
  - Electranten
- Anfragen der Abg. Judith Oehri:
  - KMU-Verträglichkeitstest
  - Kontrolle allgemeinverbindlicher Gesamtarbeitsverträge
  - Immobiliensituation
- Anfragen des Abg. Erich Hasler:
  - Informationsabkommen
  - Telecom
- Anfrage des Abg. Pio Schurti:
  - Stabsstelle FIU
- Aktuelle Stunde
- Initiative bez. Abänderung des Gesetzes vom 28. Juni 1984 über die Ausrichtung von Beiträgen an die politischen Parteien der Abgeordneten Herbert Elkuch, Erich Hasler, Harry Quaderer und Pio Schurti vom 29. April 2013
  Auf die Initiative wird nicht eingetreten.
- Motion zur Änderung der Beteiligungsstrategie vom 22.11.2011 des Fürstentums Liechtenstein für die Beteiligung an der Liechtensteinischen Landesbank der Abgeordneten Herbert Elkuch, Erich Hasler, Harry Quaderer und Pio Schurti vom 29 April 2013 (Behandlung gemäss Art. 11c GVVKG). Die Motion wird zur Stellungnahme an die Regierung überwiesen.
- Postulat zur Bestellung strategischer Führungsebenen gemäss dem Öffentlichen Unternehmens-Steuerungsgesetz (ÖUSG) der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 26. April 2013. Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Interpellation zum E-Government der Landesverwaltung der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 29. April 2013
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Interpellation zu Kommissionen der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 29. April 2013
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Wahl der Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten. Die Beschwerdekommission wird

wie folgt gewählt: Präsident: lic.iur. Daniel F. Seger, Garnis 11, 9495 Triesen Vizepräsident: lic.iur. Rolf Feger, Am Irkales 7, 9490 Vaduz Mitglieder: Gilbert Frommelt, Im Zagalzel 36, 9494 Schaan; Eric Marxer, St. Markusgasse 2, 9490 Vaduz; Christian Näff, Oberbühl 41, 9487 Gamprin Ersatzmitglieder: Agatha Pino Maqueda, Tils 8, 9493 Mauren; Elisabeth Stock-Gstöhl, Ober Betsche 14, 9488 Schellenberg

- Bewilligung von Nachtragskrediten (III/2013) (Nr. 10/2013)
  Die Nachtragskredite werden genehmigt.
- Jahresbericht 2012 der Ombudsperson für Kinder und Jugendliche [gekürzte Beratung].
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Tätigkeitsbericht 2012 der Datenschutzstelle [gekürzte Beratung]
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2012 des Liechtensteinischen Rundfunks (LRF) (Nr. 11/2013). Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht 2012 der Finanzmarktaufsicht (FMA) Liechtenstein (Nr. 13/2013). Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht 2012 der Liechtensteinischen Landesbank AG (Nr. 14/2013). Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Bericht über die Justizpflege der Gerichte 2012 (Nr. 15/2013). Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Nr. 3/2013); [1. Lesung: 25. April 2013] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 22/2013); 2. Lesung Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Interpellationsbeantwortung betreffend «Telecom Liechtenstein AG» (Nr. 32/2013). Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Zukünftige Ausrichtung des Telekommunikationsstandortes Liechtenstein (Nr. 21/2013); 1. Lesung
  Auf die Vorlage wird nicht eingetreten.
- Abänderung des Bezügegesetzes (Initiative des Landtagspräsidiums vom 30.4.2013); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet sowie für dringlich erklärt.
- Schaffung eines Gesetzes über die betriebliche Vorsorge des Staates sowie die Ausfinanzierung der Deckungslücke der ensionsversicherung für das Staatspersonal (Nr. 16/2013); 1. Lesung. Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Gesetzes über die betriebliche Vorsorge des Staates sowie die Ausfinanzierung der Deckungslücke der Pensionsversicherung für das Staatspersonal (Nr. 16/2013); 1. Lesung – Fortsetzung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMG) und die Abänderung des Gesetzes über die Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes vom 19.12.2012 (Nr. 24/2013); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 19./20./ 21. Juni 2013

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 19./20./21. Juni 2013
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 24./25. April 2013.
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfrage des Abg. Peter Büchel:
  - Liechtenstein Marketing
- Anfrage des Abg. Alois Beck:
  - Schwangerschaftskonflikt
- Anfrage der Abg. Karin Rüdisser-Quaderer:
  - Amt für Soziales und Gesellschaft
- Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  - Vocus GmbH
  - Pensionskassa.li
  - Lex USA
- Anfragen der Abg. Judith Oehri:
  - Bildungsstrategie
  - Uni Liechtenstein
  - Gebühr für den Medikamenten-Check
- Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
  - Realschulklassengrössen
- Anfrage der Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller:
  - Eignerstrategie der Liechtensteinischen Gasversorgung
- Anfragen der Abg. Helen Konzett Bargetze:
  - Fund- und Forschungsberichte der liechtensteinischen Denkmalpflege und Archäologie
  - Stand aktueller Agenden im Strassenverkehr
- Anfragen des Stv. Abg. Rainer Gopp:
  - Publikation der Umsätze der Leistungserbringer im Gesundheitswesen
  - Mietrecht
  - demografischer Wandel und Strategiepapiere
  - Bedarfsplanung in der ambulanten und stationären Pflege
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
  - Pensionsversicherung für das Staatspersonal
- Anfrage des Stv. Abg. Andreas Heeb:
  - Arbeitsmarktservice
- Anfrage des Abg. Christoph Beck:
  - ÖUSG
- Anfrage des Abg. Frank Konrad:
  - Bildung
- Anfragen des Abg. Wolfgang Marxer:
  - Steuerung des Finanzhaushalts
  - Menschenrechtslage in Liechtenstein
  - Regionaltreffen
  - Telecom
- Anfrage des Abg. Herbert Elkuch:
  - Beratungsmandat von AXA Winterthur
- Anfragen des Abg. Erich Hasler:

  - vorzeitige Pensionierung
  - Beschaffung von externen Dienstleistungen
- Aktuelle Stunde (Bildungslandschaft Liechtenstein)
- Beantwortung der Motion zur Ausrichtung eines Förderbeitrages von CHF 3 Millionen im Sinne eines zinslosen Darlehens an den Bau eines Holzheizwerkes der Bürgergenossenschaft Balzers (Nr. 30/2013)
  Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen und die Motion abgeschrieben.
- Verkehrsdienstebericht 2013 (Nr. 29/2013)
  Dem Bericht wird zugestimmt.
- Geschäftsbericht 2012 des Verkehrsbetriebs Liechtenstein mobil (Nr. 19/2013)
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellation zu den Auswirkungen einer Privatklinik in Bendern auf das Liechtensteinische Landesspital und das liechtensteinische Gesundheitssystem der Abgeordneten Harry Quaderer, Pio Schurti, Erich Hasler und Herbert Elkuch vom 27. Mai 2013
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Interpellation zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Spitalregion Rheintal-Werdenberg-Sarganserland und des Liechtensteinischen Landesspitals der Abgeordneten Harry Quaderer, Pio Schurti, Erich Hasler und Herbert Elkuch vom 27. Mai 2013
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Interpellation zum Polizeiwesen in Liechtenstein der Abgeordneten Harry Quaderer, Pio Schurti, Erich Hasler und Herbert Elkuch vom 27. Mai 2013
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Motion zur Abänderung des Gesetzes vom 28.06.1984 über die Ausrichtung von Beiträgen an die politischen Parteien der Abgeordneten Christoph Wenaweser, Violanda Lanter-Koller, Karin Rüdisser-Quaderer, Peter Büchel, Judith Oehri, Frank Konrad, Christoph Beck und Thomas Vogt vom 27. Mai 2013
  Die Motion wird an die Regierung überwiesen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die Interpellation zum Gesellschaftsrecht (Nr. 28/2013)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Wahl eines Ad-hoc-Richters für StGH 2012/181
  Als Ad-hoc-Richter wird gewählt:
  Dr. Alexander Ospelt, Landstrasse 99, 9494 Schaan
- Wahl eines Ad-hoc-Richters für StGH 2012/170 und StGH 2012/199
  Als Ad-hoc-Richter wird gewählt:
  lic.iur. Marco Ender, Landstrasse 40, 9495 Triesen
- Wahl eines Ad-hoc-Richters für StGH 2013/11 und StGH 2013/17
  Als Ad-hoc-Richter wird gewählt:
  Dr. Matthias Niedermüller, Feldkircherstrasse 15, 9494 Schaan
- Wahl zweier Ad-hoc-Richter für StGH 2013/49
  Als Ad-hoc-Richter werden gewählt:
  Mag.iur. Karlheinz Konrad, Landstrasse 35, 9490 Vaduz
  lic.iur. HSG Stefan Hassler, Im Rösle 3, 9494 Schaan
- Wahl eines Senatsvorsitzenden des Obergerichtes
  Als Senatsvorsitzender wird gewählt:
  Dr. Dieter Santner, Ölrainstrasse 26b, A-6900 Bregenz
- Wahl eines Ersatzmitgliedes der Landesgrundverkehrskommission
  Als Ersatzmitglied wird gewählt:
  Martin Schierscher, Auf der Egerta 30, 9498 Planken
- Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für das Jahr 2014 (Nr. 26/2013)
  Der Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für das Jahr 2014 wird auf CHF 42 Mio. festgelegt.
- Bewilligung von Nachtragskrediten (IV/2013) (Nr. 23/2013) [gekürzte Beratung]
  Die Nachtragskredite werden bewilligt.
- Bericht von Landtag, Regierung und Gerichten 2012 (Nr. 12/2013) (Rechenschaftsbericht)
  Der Rechenschaftsbericht der Regierung sowie die Landesrechnung für das Jahr 2012 werden genehmigt. Der Verrechnung des Aufwandüberschusses mit den Eigenmitteln wird zugestimmt.
- Bericht der Finanzkontrolle über die Prüfung der Landesrechnung 2012
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Tätigkeitsbericht 2012 der Finanzkontrolle
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2012 der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) (Nr. 17/2013)
  Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2012 werden zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2012 der Liechtensteinischen Gasversorgung (LGV) (Nr. 18/2013)
  Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2012 werden zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2012 der Telecom Liechtenstein AG (Nr. 20/2013)
  Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2012 werden zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2012 der AHV-IV-FAK-Anstalten (Nr. 25/2013)
  Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2012 werden zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2012 des Liechtensteinischen Landesspitals (Nr. 27/2013)
  Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2012 werden zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Finanzkonglomeratsgesetzes, des Bankengesetzes sowie des Gesetzes über die Verwalter alternativer Investmentfonds (Nr. 2/2013); [1. Lesung: 25. April 2013] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 31/2013); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag, LGBl. 2013 Nr. 158 [gekürzte Beratung]

Die Bereinigung wird zur Kenntnis genommen.
- Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 4./5./6. September 2013
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 4./5./6. September 2013
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 22./23./24. Mai 2013
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 19./20./21. Juni 2013
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfrage des Abg. Christoph Wenaweser:
  - AHV
- Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
  - Kita-Platz-Stop
  - Engelkreuzung in Nendeln
  - Kirche und Staat
  - Abacha-Gelder
  - Steuern von Banken
- Anfragen der Abg. Christine Wohlwend:
  - Rotwildbesenderung
  - NSA-Abhörskandal
  - Steuer natürlicher Personen
- Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  - IWF
  - missbräuchlicher Bezug von Sozialhilfen und Renten
  - Hundebissvorfall in Triesenberg
- Anfragen der Abg. Helen Konzett Bargetze:
  - Verkauf von Patientendaten
  - Landwirtschaft
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  - Benachteiligung der Vereine am Staatsfeiertag
  - Agglomerationsprogramm Werdenberg-Liechtenstein
- Anfrage der Abg. Judith Oehri:
  - Kürzungen der Honorare bei externen Dienstleistern
- Anfrage des Abg. Alois Beck:
  - Standort St. Elisabeth
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  - Finanzierung von Vorsorgeeinrichtungen
  - Landesgesundheitskommission
- Anfrage des Abg. Herbert Elkuch:
  - Missbrauch von Verfahrenshilfe
- Anfrage des Abg. Wolfgang Marxer:
  - LieMobil
- Anfragen des Abg. Erich Hasler:
  - Neubewertung von Liegenschaften
  - Vermögensfreibetrag
- Anfrage des Abg. Pio Schurti:
  - Beschäftigte in der Landesverwaltung
- Anfrage des Abg. Gerold Büchel:
  - Kosten für die Beantwortung einer Kleinen Anfrage
- Aktuelle Stunde: Einkommensseitige Sanierung des Staatshaushaltes
  Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Beantwortung der Motion zur Änderung der Beteiligungsstrategie vom 22.11.2011 des Fürstentums Liechtenstein für die Beteiligung an der Liechtensteinischen Landesbank AG (Schreiben des Regierungschefs vom 14. August 2013)
  Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Überweisung der Motion wird nicht zugestimmt.
- Postulat betreffend die transparente Parteienfinanzierung zur Stärkung des Vertrauens in die Parteien der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 10. August 2013
  Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Postulat betreffend die Schweizer Grenzgängerbesteuerung der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 10. August 2013
  Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Postulat über die Ausübung eines öffentlichen Amtes von Amtsstellenleiterinnen und Amtsstellenleitern und die Entlohnung von Landesangestellten für die Ausübung eines öffentlichen Amtes bei Land und Gemeinden der Abgeordneten Christoph Beck und Judith Oehri vom 14. August 2013
  Das Postulat wird abgeändert und an die Regierung überwiesen.
- Motion zur Abänderung des Gesetzes vom 14. September 1994 über die Motorfahrzeugsteuer (verursachergerechte Ausgestaltung der Motorfahrzeugsteuer) der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 10. August 2013
  Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt. Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Interpellation zu den Auswirkungen des neuen Steuergesetzes der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 10. August 2013
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Interpellation zur Besteuerung nach Aufwand (Pauschalbesteuerung) der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 10. August 2013
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Wahl einer Landtagskommission zur Bestellung einer Ombudsperson für Kinder und Jugendliche für die Zeitdauer vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2017
  Die Kommission wird wie folgt bestellt:
  - Elfried Hasler (Vorsitz)
  - Helmuth Büchel
  - Frank Konrad
  - Thomas Lageder
  - Peter Wachter
- Wahl eines Ersatzrichters des Staatsgerichtshofes für den Rest der Amtsdauer vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2017
  Als Ersatzrichter des StGHs wird bestellt:
  - Dr. Walter Berka, Kapitelgasse 5-7, A-5020 Salzburg
- Finanzbeschluss über die Ausrichtung von Beiträgen an die Bürgergenossenschaft Balzers für die Reduktion

von staatlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Betrieb eines Holzheizwerkes
Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Massnahmenpaket III zur Sanierung des Landeshaushalts (Nr. 45/2013)
  Dem Massnahmenpaket wird zugestimmt.
- Postulat betreffend mögliche Massnahmen zur Reduktion des Personal- und Sachaufwandes des Staates der Abgeordneten Herbert Elkuch, Erich Hasler, Harry Quaderer und Pio Schurti vom 14. August 2013
  Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Gewährung eines Landesbeitrages an die Genossenschaft «Theater am Kirchplatz» für die Jahre 2014 bis 2017 (Nr. 47/2013)
  Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Geschäfts- und Finanzbericht 2012 der Liechtensteinischen Post AG (Nr. 36/ 2013)
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Gesetzes zum Schutz von Natur und Landschaft (Nr. 123/2012); [1. Lesung: 23. November 2012] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 44/2013); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Nr. 8/2013); [1. Lesung: 25. April 2013] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 33/2013); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Schaffung eines Gesetzes über die betriebliche Vorsorge des Staates sowie die Ausfinanzierung der Deckungslücke der Pensionsversicherung für das Staatspersonal (Nr. 16/2013); [1. Lesung: 24. Mai 2013]
- Stellungnahme der Regierung (Nr. 46/2013); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Änderung der Vereinbarung zum Vertrag zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft betreffend die Umweltabgaben im Fürstentum Liechtenstein (Nr. 35/2013)
  Der Änderung wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 94/2013 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2011/77/EU über die Schutzdauer des Urheberrechts und bestimmter verwandter Schutzrechte) (Nr. 37/2013)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 86/2013 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Verordnung (EG) Nr. 924/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über grenzüberschreitende Zahlungen in der Gemeinschaft und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2560/2001; Verordnung (EU) Nr. 260/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 zur Festlegung der technischen Vorschriften und der Geschäftsanforderungen für Überweisungen und Lastschriften in Euro und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 924/2009) (Nr. 39/2013)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Abkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Republik Österreich über die Zusammenarbeit im Bereich Steuern sowie das Protokoll zur Abänderung des Abkommens zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Republik Österreich zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (Nr. 40/2013)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch von Elisa Mirarchi, Drescheweg 10, 9490 Vaduz
  Der Verleihung des liechtensteinischen Landesbürgerrechts an Frau Elisa Mirarchi wird vorbehaltlich der Zustimmung S.D. des Erbprinzen Alois von und zu Liechtenstein zugestimmt.
- Schaffung eines Gesetzes betreffend die Aufsicht über Personen nach Art. 180a des Personen- und Gesellschaftsrechts und Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 41/2013); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Totalrevision des Treuhändergesetzes (TrHG) und die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 42/2013); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Totalrevision des Rechtsanwaltsgesetzes und Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 43/2013); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Nr. 48/2013); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über die Freizügigkeit für EWR- und Schweizer Staatsangehörige (Personenfreizügigkeitsgesetz; PFZG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Ausländergesetz; AuG; Heimatschriftengesetz; HSchG und Asylgesetz; AsylG) (Nr. 34/2013); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Gesetzes über die Reduktion der CO2-Emissionen (CO2-Gesetz) (Nr. 38/2013); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 2./3. Oktober 2013
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 2./3. Oktober 2013
- Anfrage des Landtagspräsidenten Albert Frick:
  - Führungspositionen in der Landesverwaltung
- Anfragen des Abg. Elfried Hasler:
  - Stiftungsbesteuerung
  - Entwicklung des Gesellschaftswesens
- Anfrage des Abg. Christoph Wenaweser:
  - Abkommen USA
- Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
  - Besteuerung von natürlichen und juristischen Personen

  - Rahmenfrist der ALV
  - Steuern von Banken
- Anfragen der Abg. Helen Konzett Bargetze:
  - Strombezug von elektrischer Energie bei den LKW durch das Land Liechtenstein
  - Jungbürgerfeier
  - Restwasser in der Samina
  - Schutz von Patienten gegen Verkauf ihrer Daten
- Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  - Liegenschaftsverwaltung im Verwaltungsbereich des Landes Liechtenstein
  - Jufa Gästehaus in Malbun
  - Landesspital
- Anfrage der Abg. Judith Oehri:
  - AIBA und aha
- Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
  - Steueramnestie
- Anfragen des Abg. Erich Hasler:
  - Bauverordnung und Liftkontrollen
  - Kindertagesstätten
- Anfrage des Stv. Abg. Rainer Gopp:
  - Radweg
- Anfrage des Abg. Christoph Beck:
  - Spitalabrechnung
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  - Landesgesundheitskommission
  - Arzttarif
  - Austritte aus der staatlichen Pensionsversicherung
- Anfrage des Abg. Herbert Elkuch:
  - Austritte der Gemeinden aus der PVS
- Anfragen des Abg. Wolfgang Marxer:
  - Grüne Woche
  - Regierungsprogramm
  - S-Bahn
  - Austritte aus der staatlichen Pensionsversicherung
- Aktuelle Stunde: Austritt der staatsnahen Unternehmen sowie Gemeinden aus der staatlichen Pensionskasse
  Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Petition «Zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Stabsstelle für Chancengleichheit zuständig für die Bereiche Gleichstellung von Frau und Mann; Behinderung; Migration und Integration; sexuelle Orientierung», überreicht vom Frauennetz Liechtenstein am 23. September 2013
  Die Petition wird an die Regierung überwiesen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die Interpellation zum Polizeiwesen in Liechtenstein (Nr. 57/2013)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die Interpellation zu Kommissionen (Nr. 60/2013)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellation zur Ausgestaltung des Medienförderungsgesetzes der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 6. September 2013
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Postulat für zielgerichtete Familienzulagen der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 6. September 2013
  Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Wahl einer Delegation «Freundschaftsgruppe CH/FL»
  Die Delegation «Freundschaftsgruppe CH/FL» wird wie folgt bestellt:
  - Landtagspräsident Albert Frick
  - Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller
  - Abg. Helen Konzett Bargetze
  - Abg. Harry Quaderer
  - Abg. Christoph Wenaweser
  - Abg. Christine Wohlwend
- Wahl einer Landrichterin
  Als Landrichterin wird gewählt:
  lic.iur. HSG Diana Kind, Bühl 17, 9487 Gamprin
- Wahl eines Ad-hoc-Richters des Staatsgerichtshofes für das Verfahren StGH 2013/100
  Als Ad-hoc-Richter des Staatsgerichtshofes für das Verfahren StGH 2013/100 wird gewählt:
  Lic.iur. HSG et dipl.nat. ETH Stefan Hassler, Im Rösle 3, 9494 Schaan
- Wahl eines Ad-hoc-Richters des Staatsgerichtshofes für das Verfahren StGH 2013/72
  Als Ad-hoc-Richter des Staatsgerichtshofes für das Verfahren StGH 2013/72 wird gewählt:
  Dr. Helmut Schwärzler, Feldkircherstrasse 15, 9494 Schaan
- Wahl einer Richterin des Verwaltungsgerichtshofes
  Als Richterin des Verwaltungsgerichtshofes wird gewählt:
  MMag. Dr. Esther Schneider, Maurer Lange Gasse 34/2, A-1230 Wien
- Wahl zweier Oberrichter
  Als Oberrichter werden gewählt:
  - Dr. Dietmar Baur, Schwefelstrasse 33, 9490 Vaduz
  - lic.iur. Jürgen Nagel, Unnothstrasse 23, CH-9430 St. Margrethen
- Wahl eines Richters des Staatsgerichtshofes
  Als Richter des Staatsgerichtshofes wird gewählt:
  Prof. Dr. Bernhard Ehrenzeller, Bodanstrasse 4, CH-9000 St. Gallen
- Wahl eines Ersatzrichters des Staatsgerichtshofes
  Als Ersatzrichter des Staatsgerichtshofes wird gewählt:
  Prof. Dr. Benjamin Schindler, Tigerbergstrasse 21, CH-9000 St. Gallen
- Wahl eines Ersatzrichters des Verwaltungsgerichtshofes. Als Ersatzrichter des Verwaltungsgerichtshofes wird gewählt: lic.iur. et rer.pol. Pius Heeb, Felbaweg 10, 9494 Schaan
- Gewährung eines Landesbeitrages an die Geschäftsstelle der Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA (Nr. 51/2013)
  Dem abgeänderten Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Bewilligung von Nachtragskrediten (V/2013) (Nr. 54/2013)

Die Nachtragskredite werden genehmigt.
- Abänderung des Finanzbeschlusses vom 18. November 2009 über die Genehmigung eines Verpflichtungskredites für die Realisierung des Industriezubringers Schaan (Nr. 50/2013)
  Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt und er wird für dringlich erklärt.
- Anpassung des Faktors (k) zur Festlegung des Mindestfinanzbedarfs gemäss Finanzausgleichsgesetz für die Jahre 2014 und 2015 im Rahmen der Sanierung des Landeshaushalts (Nr. 61/2013)
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Massnahmenpaket III zur Sanierung des Landeshaushaltes (Ergänzende Projekte/Abklärungen) (Nr. 45/2013) Die ergänzenden Projekte bzw. Abklärungen zum Massnahmenpaket III zur Sanierung des Landeshaushaltes werden zur Kenntnis genommen.
- Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und Eurojust (Nr. 52/2013)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Protokoll Nr. 15 vom 24. Juni 2013 zur Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Nr. 55/2013)
  Dem Protokoll wird zugestimmt.
- Zusatzprotokoll vom 31. Mai 2001 gegen die unerlaubte Herstellung von Schusswaffen, dazugehörigen Teilen und Komponenten und Munition und gegen den unerlaubten Handel damit (Nr. 56/2013)
  Dem Zusatzprotokoll wird zugestimmt und die Regierung ermächtigt, die erwähnten Vorbehalte zurückzunehmen, falls sie gegenstandslos werden.
- Vertrag vom 4. Juni 2012 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Österreich über die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit (Nr. 64/2013)
  Dem Vertrag wird zugestimmt.
- Abkommen vom 7. Juni 2013 über operative und strategische Kooperation zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und dem Europäischen Polizeiamt (EUROPOL) (Nr. 65/2013)
  Dem Abkommen wird zugestimmt und die Gesetzesvorlage in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltungspflege (Einführung einer Fristenhemmung) (Nr. 49/2013); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über die Ausrichtung von Beiträgen an die politischen Parteien (Nr. 53/2013); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Neufassung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) sowie die Abänderung des Umweltschutzgesetzes (USG), des Beschwerdekommissionsgesetzes und des Gewässerschutzgesetzes (Nr. 58/2013); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Änderung des Landwirtschaftsgesetzes (Nr. 59/2013); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Gesetz zum Abkommen zwischen Liechtenstein und Österreich über die Zusammenarbeit im Bereich der Steuern (Nr. 62/2013); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen

Öffentliche Landtagssitzung vom 6./7./ 8. November 2013
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 6./7./8. November 2013
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 4./5./6. September 2013
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfragen der Abg. Judith Oehri:
  - Existenzminimum
  - Entsorgungsgebühren im Autogewerbe
- Anfrage des Abg. Elfried Hasler:
  - Firma Carcoustics
- Anfrage des Abg. Erich Hasler:
  - Mietverhältnis der Steuerverwaltung
- Anfragen des Abg. Pio Schurti:
  - Nicht-Liechtensteiner im Staatsdienst
  - Hygiene in öffentlichen Bauten
- Anfrage des Abg. Alois Beck:
  - Fehlen eines heilpädagogischen Kindergartens im HPZ
- Anfrage des Abg. Wolfgang Marxer:
  - KVG
- Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
  - Agglomerationsprogramm Werdenberg – Liechtenstein
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  - Einkommen eines Arztes
  - Sanierungsbeitrag der Arbeitnehmer bei der staatlichen Pensionsversicherung
- Anfrage der Landtagsvizepräsidenten Violanda Lanter-Koller:
  - Überprüfung der Staatsaufgaben
- Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
  - Unternehmerlöhne und Vermögenswerte von Unternehmen
  - Interkantonale Universitätsvereinbarung
- Aktuelle Stunde: Abbau von Überregulierung und Bürokratie
  Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Postulatsbeantwortung zur Bestellung strategischer Führungsebenen gemäss dem öffentlichen Unternehmens-Steuerungsgesetz (ÖUSG) (Nr. 67/2013)
  Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat abgeschrieben.
- Interpellationsbeantwortung betr. Auswirkungen einer Privatklinik auf das Liechtensteinische Landesspital und das Liechtensteinische Gesundheitssystem (Nr. 75/2013)

Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.

- Interpellationsbeantwortung betreffend grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Spitalregion Rheintal-Werdenberg-Sarganserland und des Liechtensteinischen Landesspitals (Nr. 76/2013)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Postulat zur Vorbildfunktion der öffentlichen Hand im Gebäudebereich der Abg. Manfred Batliner, Gerold Büchel, Wendelin Lampert, Eugen Nägele und Christine Wohlwend vom 9. September 2013
  Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Postulat zur Reduktion des Energieverbrauchs im Gebäudebereich und dem zielgerichteten Einsatz von Subventionen der Abg. Manfred Batliner, Gerold Büchel, Wendelin Lampert, Eugen Nägele und Christine Wohlwend vom 9. September 2013
  Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Vorprüfung der angemeldeten Volksinitiative «Pensionskasse win-win» zum Gesetz über die betriebliche Personalvorsorge des Staates (SBPVG) (Nr. 85/2013)
  Der Vorprüfungsbericht wird zur Kenntnis genommen und es wird festgestellt, dass das angemeldete Initiativbegehren nicht mit der Verfassung und den bestehenden Staatsverträgen übereinstimmt und daher für nichtig erklärt wird.
- Wahl der Vizepräsidentin der Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten
  Als Vizepräsidentin der Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten wird gewählt:
  Dr.iur. Sybille Vogt, Dorfstrasse 7b, 9495 Triesen
- Wahl eines Richters des Obersten Gerichtshofs für die Zeit vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014
  Als Richter des Obersten Gerichtshofes wird gewählt:
  Dr. Lothar Hagen, Forststrasse 77, A-6890 Lustenau
- Gewährung eines Staatsbeitrages an die Universität Liechtenstein für die Jahre 2014, 2015 und 2016 (Nr. 66/2013)
  Der Gewährung des von der Regierung vorgeschlagenen Staatsbeitrages wird zugestimmt.
- Bewilligung von Nachtragskrediten (VI/2013) (Nr. 70/2013)
  Die Nachtragskredite werden bewilligt.
- Landesvoranschlag und Finanzgesetz für das Jahr 2014 (Nr. 68/2013)
  Der Landesvoranschlag wird inkl. Nachträgen der Regierung genehmigt und deren Antrag zugestimmt. Das Finanzgesetz 2014 wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet sowie für dringlich erklärt.
- Finanzplanung 2014 – 2017 (Nr. 69/2013)
  Der Bericht zur Finanzplanung 2014 bis 2017 wird zur Kenntnis genommen. Es wird bestätigt, dass trotz Nichteinhaltung der Eckwerte 1 und 3 des Finanzleitbildes von der Vorlage eines weiteren Massnahmenpakets durch die Regierung im Frühjahr 2014 abgesehen wird.
- Mittelfristige Planung staatlicher Hochbauten und Anlagen (Hochbautenbericht 2013) (Nr. 78/2013)
  Der Hochbautenbericht 2013 wird zur Kenntnis genommen.
- Bau und Sanierung der Verkehrsinfrastruktur in Liechtenstein für das Jahr 2014 (Verkehrsinfrastrukturbericht 2014) (Nr. 79/2013)
  Der Verkehrsinfrastrukturbericht 2014 wird zur Kenntnis genommen.
- Totalrevision des Rechtsanwaltsgesetzes und Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 43/2013); [1. Lesung: 6. September 2013] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 84/2013); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Totalrevision des Treuhändergesetzes (TrHG) und die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 42/2013); [1. Lesung: 6. September 2013] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 83/2013); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Schaffung eines Gesetzes betreffend die Aufsicht über Personen nach Art. 180a des Personen- und Gesellschaftsrechts und Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 41/2013); [1. Lesung: 6. September 2013] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 82/2013); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Nr. 48/2013); [1. Lesung: 6. September 2013] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 81/2013); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Gesetz zum Abkommen zwischen Liechtenstein und Österreich über die Zusammenarbeit im Bereich der Steuern (Nr. 62/2013); [1. Lesung: 3. Oktober 2013]; 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abkommen vom 20. April 2013 zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten über den Informationsaustausch in Steuersachen (Nr. 71/2013)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Abkommen vom 31. Januar 2013 über den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und Kanada (Nr. 73/2013)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Abkommen vom 28. März 2013 über den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung der Republik Indien (Nr. 74/2013)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Anpassung der Eignerstrategien der AHV/IV/FAK-Anstalten, der Liechtensteinischen Gasversorgung und der Liechtensteinischen Kraftwerke sowie der Beteiligungsstrategie der Liechtensteinischen Post AG (Nr. 72/2013)

Die Anpassung der Eignerstrategien wird zur Kenntnis genommen.

- Einbürgerungsgesuch von Jürgen Weigel, Lettstrasse 31, 9490 Vaduz
  Der Verleihung des liechtensteinischen Landesbürgerrechts an Herrn Jürgen Otto Weigel wird vorbehaltlich der Zustimmung S.D. des Erbprinzen Alois von und zu Liechtenstein zugestimmt.
- Teilrevision des Arbeitsvermittlungsgesetzes (Umsetzung der Richtlinie 2008/104/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Leiharbeit) (Nr. 77/2013); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung behandelt.
- Abänderung des Gesetzes über die Motorfahrzeugsteuer (Nr. 80/2013); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung behandelt und verabschiedet.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen

Öffentliche Landtagssitzung vom 4./5./6. Dezember 2013

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 4./5./6. Dezember 2013
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 2./3. Oktober 2013
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Kleine Anfragen
  Die Kleinen Anfragen werden gestellt.
- Aktuelle Stunde: Prämienschock bei der Krankenversicherung
  Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Postulatsbeantwortung betreffend «Grenzüberschreitende Verkehrsprobleme gemeinsam lösen» (Nr. 97/2013)
  Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat abgeschrieben.
- Postulatsbeantwortung zum «Stimm- und aktiven Wahlrecht Liechtensteiner Staatsangehöriger im Ausland» (Umwandlung einer Motion) (Nr. 103/2013)
  Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat abgeschrieben.
- Interpellationsbeantwortung betreffend das E-Government der Landesverwaltung (Nr. 86/2013)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die Auswirkungen des neuen Steuergesetzes (Nr. 87/2013)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die Besteuerung nach Aufwand (Pauschalbesteuerung) (Nr. 88/2013)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Postulat zur Überprüfung der Subventionen und Transferleistungen an Private der Abgeordneten Christian Batliner, Manfred Batliner, Alois Beck, Gerold Büchel, Albert Frick, Elfried Hasler, Johannes Kaiser, Eugen Nägele und Christine Wohlwend vom 30. September 2013
  Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Postulat «Landwirtschaft – schlanker durch IT-basiertes Meldeverfahren» der Abgeordneten Christian Batliner, Manfred Batliner, Alois Beck, Gerold Büchel, Albert Frick, Elfried Hasler, Johannes Kaiser, Eugen Nägele und Christine Wohlwend vom 23. Oktober 2013
  Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Postulat «Fondsvermögen Familienausgleichskasse» der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 3. November 2013
  Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Interpellation betreffend gemeinnützige Wohnbautätigkeiten der Abgeordneten Manfred Batliner, Alois Beck, Johannes Kaiser, Wendelin Lampert und Eugen Nägele vom 21. Oktober 2013
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Auftragserteilung zur Abänderung der Eignerstrategien der AHV/IV/FAK-Anstalten, der Liechtensteinischen Gasversorgung und der Liechtensteinischen Kraftwerke sowie der Beteiligungsstrategie der Liechtensteinischen Post AG der Abgeordneten Christoph Beck, Peter Büchel, Frank Konrad, Violanda Lanter-Koller, Judith Oehri, Karin Rüdisser-Quaderer, Thomas Vogt und Christoph Wenaweser vom 1. November 2013
  Die Auftragserteilung wird nicht an die Regierung überwiesen, der Auftragserteilung wird nicht zugestimmt.
- Initiative betreffend die Abänderung des Strassenverkehrsgesetzes der Abgeordneten Christoph Beck, Peter Büchel, Frank Konrad, Violanda Lanter-Koller, Judith Oehri, Karin Rüdisser-Quaderer, Thomas Vogt und Christoph Wenaweser vom 1. Oktober 2013 (Nr. 102/2013)
  Die Initiative wird von den Initianten zurückgezogen.
- Initiative betreffend die Abänderung des Strafgesetzbuches der Abgeordneten Manfred Batliner, Alois Beck, Albert Frick, Johannes Kaiser, Eugen Nägele und Christine Wohlwend vom 14. Oktober 2013 (Nr. 105/2013)
  Auf die Initiative wird nicht eingetreten.
- Initiative «Senkung der 8%-Sperrklausel bei Landtagswahlen auf 5%» der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 1. November 2013 (Nr. 106/2013)
  Die Initiative wird zur Stellungnahme an die Regierung überwiesen.
- Volksinitiative «WinWin50» zum Gesetz über die betriebliche Personalvorsorge des Staates (SBPVG), eingereicht von Nikolaus Frick (Nr. 104/2013)
  Der Vorprüfungsbericht der Regierung wird zur Kenntnis genommen. Der Landtag stellt fest, dass das Initiativbegehren mit der Verfassung und den bestehenden Staatsverträgen übereinstimmt, er erklärt es daher für zulässig.

- Bestellung einer Ombudsperson für Kinder und Jugendliche für den Zeitraum 2014 bis 2017
  Als Ombudsperson wird bestellt:
  Frau Margot Sele, Pradafant 1, 9490 Vaduz
- Finanzbeschluss über die Teilnahme an der 4. Generation der Europäischen Bildungsprogramme «Erasmus+» (2014 – 2020) (Nr. 91/2013)
  Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Finanzbeschluss über die Teilnahme am Achten Rahmenprogramm der Europäischen Union für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration «Horizon 2020» (2014 – 2020) (Nr. 101/2013)
  Dem Finanzbeschluss wird nicht zugestimmt.
- Liste über den Stand der Bearbeitung der parlamentarischen Eingänge
  Die Liste wird zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Gesetzes über die Freizügigkeit für EWR- und Schweizer Staatsangehörige (Personenfreizügigkeitsgesetz; PFZG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Ausländergesetz; AuG; Heimatschriftengesetz; HSchG und Asylgesetz; AsylG) (Nr. 34/2013); [1. Lesung: 6. September 2013] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 96/2013); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Ausrichtung von Beiträgen an die politischen Parteien (Nr. 53/2013); [1. Lesung: 3. Oktober 2013]; 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Neufassung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) sowie die Abänderung des Umweltschutzgesetzes (USG), des Beschwerdekommissionsgesetzes und des Gewässerschutzgesetzes (Nr. 58/2013); [1. Lesung: 3. Oktober 2013] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 99/2013); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Landwirtschaftsgesetzes (Nr. 59/2013) [1. Lesung: 3. Oktober 2013] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 98/2013); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Beschluss Nr. 173/2013 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2009/ 33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Förderung sauberer und energieeffizienter Strassenfahrzeuge) (Nr. 90/2013)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Abkommen über die Soziale Sicherheit zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein aufgrund des Inkrafttretens der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 (Nr. 92/2013)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den zentralamerikanischen Staaten (abgeschlossen mit Costa Rica und Panama) vom 24. Juni 2013 (Nr. 100/2013)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Abänderung des Steuergesetzes (Amnestie) (Nr. 89/2013); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Reform des Kindschaftsrechts (Nr. 93/2013); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches und des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches sowie weiterer Gesetze (Umsetzung der Richtlinie 2011/7/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr) (Nr. 94/2013); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über die Landespolizei (Polizeigesetz; PolG) und des Strafgesetzbuches (StGB) (ausserprozessualer Zeugenschutz) (Nr. 95/2013); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Wahl des Landesausschusses
  Der Landesausschuss wird wie folgt bestellt:
  Abg. Herbert Elkuch
  Abg. Wolfgang Marxer
  Abg. Christoph Wenaweser
  Abg. Christine Wohlwend
  Gemäss Art. 72 Abs. 1 der Verfassung gehört Landtagspräsident Albert Frick von Amtes wegen dem Landesausschuss an. Im Verhinderungsfall wird er duch Landtags-Vizepräsidentin Violanda Lanter-Koller vertreten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
- Schliessung des Landtags

Finanzkontrolle

Leiterin: Cornelia Lang

Die unabhängige Finanzkontrolle, welche den Landtag und die Regierung in ihren Aufsichtsfunktionen unterstützt, ist zuständig für die Prüfung des gesamten Finanzhaushalts. Hauptbereiche der Tätigkeit der Finanzkontrolle sind die Prüfung der Landesrechnung, interne und externe Revisionen im Rahmen der Umsetzung des jährlichen Revisionsprogramms, die Ausübung der internen Finanzaufsicht sowie die Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags.

Organisation

Die Finanzkontrolle ist organisatorisch dem Landtag zugeordnet und verfügt über einen Personalbestand von 4.8 Stellen.

Gesetzlicher Auftrag

Gemäss dem am 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Finanzkontrollgesetz unterstützt die Finanzkontrolle als oberstes Fachorgan der Finanzaufsicht sowohl den Landtag bzw. die Geschäftsprüfungskommission bei der Ausübung ihrer verfassungsmässigen Finanzkompetenzen sowie ihrer Oberaufsicht über das öffentliche Finanzgebaren und die öffentliche Rechnungslegung als auch die Regierung bei der Ausübung ihrer Aufsichtsfunktion.

Die Aufgaben der Finanzkontrolle beinhalten die Prüfung der Landesrechnung, die Prüfung des Finanzgebarens und der Rechnungslegung von staatlichen Stellen sowie von öffentlichen Unternehmen, sofern dies spezialgesetzlich vorgesehen ist, die Prüfung von staatlichen Finanzhilfen und Abgeltungen, die Prüfung des öffentlichen Beschaffungswesens, die Prüfung der internen Kontrollsysteme auf ihre Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit sowie die Prüfung von IT-Systemen hinsichtlich ihrer Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Funktionalität.

Die Finanzkontrolle ist im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften selbständig und unabhängig. Sie ist in ihrer Prüfungstätigkeit nur dem Recht verpflichtet.

Umsetzung des Prüfauftrages

Revisionsprogramm
Das jährliche Revisionsprogramm, welches aufgrund der Kriterien der Wesentlichkeit und Risikoorientierung festgelegt wird, bildet die Basis für die durchzuführenden Prüfungen. In Umsetzung des Revisionsprogramms prüft die Finanzkontrolle die Landesrechnung, staatliche Stellen, öffentlich-rechtliche Stiftungen und Anstalten, interne Kontrollsysteme etc. Aufgrund von Konkordatsvereinbarungen der Regierung im Zusammenhang mit Bildungs- und Sozialinstitutionen in der Schweiz nimmt die Finanzkontrolle auch dort Revisionsstellenmandate wahr. Als Revisionsorgan prüft sie die Mittelverwendung im Rahmen von EU-Programmen, welche im Inland stattfinden.

Informatik-Revisionen
Wesentliche Informatikprojekte in der Landesverwaltung werden, unter der Leitung der Finanzkontrolle, einer Informatik-Revision durch spezialisierte externe IT-Prüfungsgesellschaften unterzogen, wobei die ordnungsgemässe Projektabwicklung, die technische Umsetzung, der Umgang mit Risiken etc. überprüft wird.

Interne Finanzaufsicht
Im Bereich der internen Finanzaufsicht prüft die Finanzkontrolle Ausgaben hinsichtlich ihrer Rechtmässigkeit, Ordnungsmässigkeit und Wirtschaftlichkeit, verifiziert Bauabrechnungen und kontrolliert durch unangemeldete Prüfungen die Geldbestände von rechnungslegenden Stellen, öffentlich-rechtlichen Stiftungen und Anstalten sowie Schulen.

Tätigkeitsbericht

Einen ausführlichen Tätigkeitsbericht über Umfang, Schwerpunkte und Feststellungen ihrer Prüfungstätigkeit erstattet die Finanzkontrolle jährlich dem Landtag und der Regierung. Der Tätigkeitsbericht wird nach der Behandlung durch den Landtag auf der Homepage der Finanzkontrolle (www.fk.llv.li) veröffentlicht.

Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission

Mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags besteht eine intensive und wirkungsvolle Zusammenarbeit. Die Finanzkontrolle nimmt an den Sitzungen der Geschäftsprüfungskommission teil und informiert direkt über ihre Prüfungstätigkeiten. Die jeweiligen Prüfungsergebnisse und notwendige Massnahmen werden in den Sitzungen der Kommission zusammen mit der Regierung diskutiert und die weitere Vorgehensweise festgelegt.

Mitgliedschaften

Die Finanzkontrolle ist sowohl Mitglied der «Fachvereinigung der Finanzkontrollen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein» als auch Mitglied der Internationalen und Europäischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI und EUROSAI). Der Informations- und Erfahrungsaustausch über aktuelle Fachthemen, Prüfungsmethoden und Prüfungsstandards im öffentlichen Revisionsbereich sowie die Koordination von Weiterbildungsmassnahmen stehen im Zentrum dieser Mitgliedschaften.

Datenschutzstelle

Leiter: Dr. Philipp Mittelberger

Die Arbeit der Datenschutzstelle (DSS) umfasst die Schwerpunkte Information, Beratung, Aufsicht und die Führung des Registers der Datensammlungen. Die Zahl der Anfragen stieg im Berichtsjahr weiterhin an und erreichte neuerlich eine Höchstzahl. Neben der Beratung war auch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit wieder zentral.

Allgemeines
2012 hatte die DSS die Bereiche Gesundheit, Soziales, Finanzen und Datensicherheit als Schwerpunkte für die kommenden Jahre definiert. Diese Bereiche sind zu ei-

nem grossen Teil komplex. Dabei gilt es, auch internationale oder europäische Entwicklungen zu verfolgen, damit die Privatsphäre beachtet wird. Insgesamt ist und bleibt das Aufgabengebiet dynamisch und anspruchsvoll. Dies wird durch Folgendes belegt:

Stellungnahmen zu Vorlagen und Erlassen
Im Berichtsjahr wurden im Zuge des Vernehmlassungsverfahrens vier Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben abgegeben. Die Stellungnahmen betrafen das Heilmittelgesetz, das Polizeigesetz und das Strafgesetzbuch, das Steuerabkommen zwischen Liechtenstein und Österreich sowie das Steueramtshilfegesetz.

In sechs weiteren Fällen wurden in verschiedenen Stadien der Vorbereitung von Gesetzesvorhaben Stellungnahmen abgegeben.

Bewilligungen von Videoüberwachungsanlagen
Im Berichtsjahr wurden zehn Bewilligungen abgeschlossen; vier der Anträge stammten aus dem Vorjahr, im Berichtsjahr gingen sechs Neuanträge ein. Somit waren per Ende Jahr keine Anträge offen. Insgesamt muss festgestellt werden, dass die Vorschrift zur Bewilligung im öffentlichen Raum nur beschränkt beachtet wird. Dies ist aus Sicht der DSS auf eine nur lückenhafte gesetzliche Regelung zurückzuführen.

Beratung privater Personen und Behörden
Die Beratung privater Personen und Behörden ist eine Kernaufgabe. Im Berichtsjahr gingen insgesamt 669 Anfragen ein, was eine Zunahme von fast fünf Prozent bedeutet. Der Aufwand für die Beantwortung kann – je nach Komplexität der Anfrage – sehr unterschiedlich sein.

In der nachfolgenden Auswertung fällt der Rückgang der Anzahl Anfragen seitens der Gemeinden (von 61 auf 7) sowie der Vereine und Verbände (von 48 auf 28) auf. Demgegenüber wurde aus dem Internationalen Bereich (z. B. Artikel-29-Arbeitsgruppe; siehe unter «Internationale Arbeitsgruppen») eine markante Zunahme (von 47 auf 193) verzeichnet. Die Anzahl Anfragen von Landesverwaltung und Behörden beträgt seit mehreren Jahren zwischen 140 und 180, liegt also – abgesehen vom erstmalig überholenden Bereich «Internationales» – jeweils an der Spitze. Von Privatpersonen gingen annähernd gleich viele Anfragen wie im Vorjahr bei der DSS ein.

Eine Einteilung in die angefragten Themen ist nur ungefähr möglich, da eine Anfrage oft mehrere Themen betreffen kann; solche Anfragen werden nur als eine Anfrage wiedergegeben.

Auch im zehnten Jahr seit Bestehen des Datenschutzgesetzes kann somit von einem weiterhin wachsenden Bewusstsein für den Datenschutz gesprochen werden.

	Anwaltsbüros	Gemeinden	Industrie, Gewerbe, Dienstleistung	Internationales	Landesverwaltung, Behörden	Medien	Privatpersonen	Vereine, Verbände
Datenschutz allgemein	6		26	57	56	42	21	8
Arbeitsbereich	2	1	5		3	1	2	6
Datenbekanntgabe Inland	3	4	1	26	24	2	11	2
Datenbekanntgabe Auslandsbezug	12		13		13	2	1	
Geltendmachung gesetzlicher Rechte	4		3		16	3	32	
Gesetzesvorhaben					10			
Gesundheit/Soziales			3		3	1		1
Keine Zuständigkeit DSS			1				1	
Polizei/Sicherheit				52	1	9	1	1
Register der Datensammlungen	6		6		2			1
Schengen/Dublin				29				
Technologischer Datenschutz	14		9	5	9	2	16	8
Telekommunikation	7		2		2		2	
Umsetzung/Anwendung europäischen Rechts				24	6			
Videoüberwachung		2	3		9		11	1
Wirtschaft/Finanzen/ Gewerbe/Versicherungen					1			
Gesamtergebnis	**54**	**7**	**72**	**193**	**155**	**62**	**98**	**28**

Genehmigung von Datentransfers in Drittländer
Im Berichtsjahr erhielt die DSS keine Meldung betreffend die Verwendung von Standardvertragsklauseln. Dafür stieg die Zahl der Verfahren betreffend unternehmensinterne Datenschutzregelungen (Binding Corporate Rules, BCR), von denen die DSS bereits in Kenntnis gesetzt wurde, im Berichtsjahr auf insgesamt zwölf an. Diese Verfahren befinden sich zum Teil in sehr unterschiedlichen Stadien (sog. Mutual Recognition Procedure). Ob die DSS hierzu eine Stellungnahme an die Regierung abgeben muss, hängt allein davon ab, ob die betroffenen Unternehmen noch formell ein Genehmigungsverfahren bei der Regierung in die Wege leiten werden.

Aufsicht
Insgesamt wurden vier Kontrollverfahren aus dem Vorjahr fortgeführt, wobei sämtliche Kontrollen im Berichtsjahr abgeschlossen werden konnten. Zudem wurden zwei Nachkontrollen durchgeführt und ebenfalls abgeschlossen.

Führung des Registers der Datensammlungen
Zum Jahresende waren insgesamt 308 Datensammlungen von 52 Dateninhabern (15 Private, 8 Gemeinden und 29 Institutionen aus dem öffentlich-rechtlichen Bereich) im Register aufgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 35 neue Datensammlungen im Register erfasst. Demgegenüber wurden 110 Datensammlungen aus dem Register entfernt, insbesondere aufgrund der Bezeichnung von Datenschutzverantwortlichen (wodurch diese Dateninhaber von der Meldepflicht enthoben werden) sowie aufgrund einer Bereinigung der Registereinträge.

Inhaber von Datensammlungen haben jährlich Änderungen im Bestand ihrer Sammlungen zu melden. Auf diese gesetzliche Pflicht hat die DSS hingewiesen. Darauf gingen 228 Anträge zur Prüfung und unter Umständen zur Aktualisierung ein.

Die Zahl der Datenschutzverantwortlichen stieg um 27 auf 111.

Die Liste der Datensammlungen und der Datenschutzverantwortlichen ist auf der Internetseite der DSS einsehbar.

Mitarbeit in Arbeitsgruppen
Seitdem die DSS formell aus der Landesverwaltung ausschied, wird sie nur noch vereinzelt in Arbeitsgruppen berücksichtigt. Dies ist schade, ist der Schutz der Privatsphäre doch eine Querschnittsmaterie und somit in etlichen Bereichen relevant.

Im Berichtsjahr konnte bei folgenden Arbeitsgruppen mitgearbeitet werden: In der ZPR-Kommission ist die DSS von Gesetzes wegen vertreten. In dieser Kommission nimmt die DSS eine aktive Rolle ein. Dabei wurden durch die DSS vor allem folgende Angelegenheiten erledigt: Überarbeitung der Antragsformulare für den ZPR-Zugriff, Erstellung der Informationstexte für die Nutzer betreffend die Einführung der Protokollierung und Verhältnismässigkeit, entsprechende Anpassungen am Bearbeitungsreglement. Im Übrigen wird auf den Beitrag der ZPR-Kommission zum Rechenschaftsbericht verwiesen. Daneben war die DSS auch in einer Gruppe vertreten, bei der es um eine Synchronisierung von ZPR-Daten mit solchen der Einwohnerkontrollen geht. Die DSS unterstützt diese Synchronisierung grundsätzlich. Damit können Synergien geschaffen und Ressourcen gespart werden. Wichtig ist dabei ein sicherer Datenfluss, der im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen erfolgt.

Weiters ist die DSS in der Arbeitsgruppe Elektronisches Gesundheitsnetz und im Schengen/Dublin-Gremium vertreten.

Internationale Arbeitsgruppen
Liechtenstein ist keine Insel. Die Globalisierung und die rasanten technischen Entwicklungen stellen grosse Herausforderungen dar. Es ist unerlässlich, dass sich auch die DSS hiermit befasst. Eine Mitarbeit in internationalen Arbeitsgruppen und eine Zusammenarbeit mit ausländischen Datenschutzbehörden ist sehr wichtig. Für Liechtenstein waren folgende Themen wesentlich:

Die Anfang 2012 initiierte Datenschutzreform in Brüssel stellte einen Schwerpunkt der Tätigkeiten der Artikel-29-Arbeitsgruppe (dem EWR-Gremium der unabhängigen Datenschutzbehörden) dar. Dazu kam, wenig überraschend, der NSA-Abhörskandal. Auch der Entwurf einer neuen Geldwäscherei-Richtlinie wurde behandelt. Dabei wurde insbesondere der Umstand kritisiert, dass in Zukunft Vergehen im Steuerbereich als Vortaten der Geldwäscherei gelten sollen. Die Gruppe erarbeitete ein Papier zu Apps. Dies ist ein gutes Beispiel dafür, wie wichtig die europäische Zusammenarbeit ist; die Bedeutung von Apps im Alltag muss nicht speziell betont werden. Schliesslich war ein ausführlicher Fragebogen zur Kontrollpolitik der nationalen Datenschutzbehörden auszufüllen. Hier geht es um den grundsätzlichen Ansatz der einzelnen Behörden. Für die DSS stehen Sensibilisierung und Beratung im Vordergrund; dennoch können Kontrollen notwendig sein. Ein klar definierter Ansatz hierzu ist hilfreich. Die Behandlung des Fragebogens sollte dafür brauchbare Erkenntnisse liefern.

Zudem fanden verschiedene Sitzungen auf europäischer oder internationaler Ebene statt. Hier ist ein Papier zu Trackingtechnologien hervorzuheben.

Öffentlichkeitsarbeit
Die Internetseite der DSS stellt die Plattform zur Information der Öffentlichkeit dar. Sie wird regelmässig und kostengünstig gepflegt. Die Anzahl der Zugriffe auf die Internetseite nahm zu und betrug während des Berichtsjahres 66'793, bei 13'605 Besuchern (gegenüber 60'729 Zugriffen bei 10'750 Besuchern im Vorjahr).

Dabei wurden, gerade im Zusammenhang mit dem NSA-Abhörskandal, Tipps zum Selbstdatenschutz veröffentlicht sowie eine Muster-Datenschutzerklärung für Internetseitenbetreiber zur Verfügung gestellt. Diese soll

es Unternehmen erleichtern, Datenschutzerklärungen für ihre Internetseiten zu schaffen.

Nach längerer Vorbereitung konnte eine Richtlinie für die Bearbeitung von Personendaten im Arbeitsbereich abgeschlossen werden. Diese Richtlinie behandelt Aspekte von der Bewerbung bis nach dem Arbeitszeugnis und basiert auf der geltenden Gesetzeslage; dabei wurde auch die Rechtsprechung in der Schweiz berücksichtigt, da wichtige Gesetzesbestimmungen analog zur Schweiz sind. Ausserdem wurde eine Empfehlung zur Protokollierung erarbeitet. Schliesslich wurde in der Liechtensteinischen Juristen-Zeitung ein Aufsatz zum Thema «Das Verhältnis der Geltung des Datenschutzgesetzes im Vergleich zu Spezialgesetzen am Beispiel des SPG-Bereichs» veröffentlicht. In einem Magazin erschienen Beiträge der DSS zu den Themen «40 Jahre Mobiltelefonie», «Soziale Medien und Datenschutz» sowie «Preis der Privatsphäre».

Veranstaltungen
Der Europäische Datenschutztag dient der Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu Themen, welche die breite Öffentlichkeit betreffen. Anlässlich des 7. Datenschutztages fand wiederum in Zusammenarbeit mit der Universität Liechtenstein eine öffentliche Veranstaltung statt unter dem Titel «Habe ich wirklich nichts zu verbergen? – Vom Preis der Privatsphäre im Zeitalter des Internets.» An der Veranstaltung nahmen über 100 Interessierte teil.

Zusammen mit dem Verein Sicheres Liechtenstein wurde eine Podiumsdiskussion zum NSA-Abhörskandal organisiert.

Schulungen und Sensibilisierung
Für die behördlichen sowie die betrieblichen Datenschutzverantwortlichen fand je ein Workshop zum Gedanken- und Erfahrungsaustausch statt. Eine weitere Schulung, für beide vorgenannten Gruppen, hatte eine Einführung in die Aufgaben und Stellung eines Datenschutzverantwortlichen zum Inhalt.

Im sozialen Bereich konnten betroffene Institutionen an zwei Veranstaltungen geschult werden. Ebenfalls im Rahmen einer Schulung konnte die Richtlinie zum Datenschutz am Arbeitsplatz vorgestellt werden. Jugendliche und Lernende wurden an zwei Veranstaltungen jeweils über Gefahren bei der Nutzung moderner Medien sensibilisiert. Schliesslich wurden erneut zwei Kurse im Rahmen der Aus- und Weiterbildung der Landesverwaltung durchgeführt.

Schlussbemerkung
Einzelheiten zu den aufgeführten Tätigkeiten können im Tätigkeitsbericht 2013 der DSS, welcher der Regierung und dem Landtag separat vorgelegt wird, nachgelesen werden.

Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche

Ombudsperson: Margot Sele

Rechtsgrundlage

Mit der Unterzeichnung der UN-Kinderrechtskonvention (UNKRK) im Jahr 1995 hat das Fürstentum Liechtenstein sich verpflichtet, deren Bestimmungen zur Umsetzung zu verhelfen und dem UN-Ausschuss für Kinderrechte regelmässig darüber Bericht zu erstatten. Aufgrund wiederholter Empfehlungen seitens des UN-Ausschusses für Kinderrechte, hat Liechtenstein im Kinder- und Jugendgesetz (KJG), welches am 1. Februar 2009 in Kraft getreten ist, die Grundlage für die Funktion einer Ombudsperson für Kinder und Jugendliche geschaffen. Die Ombudsperson wird vom Landtag jeweils für einen Zeitraum für 4 Jahre gewählt. Das Auftragspensum beträgt 40 Stellenprozente.

Gesetzlicher Auftrag
Der Auftrag der Ombudsperson für Kinder und Jugendliche ergibt sich aus dem Kinder- und Jugendgesetz (KJG), Art. 96 – 100.

Allgemein zugängliche Anlaufstelle
Die Ombudsstelle ist eine allgemein zugängliche, neutrale und kostenlose Anlaufstelle in allen Fragen und Anliegen, die Kinder und Jugendliche betreffen. Es können sich Kinder und Jugendliche selber, aber auch Erwachsene an die Ombudsfrau wenden. Die Ombudsperson ist zur Verschwiegenheit verpflichtet. Die Ombudsperson hat bei Bedarf zwischen Kindern und Jugendlichen oder Erziehungsberechtigten einerseits und Gerichten, Landes- sowie Gemeindebehörden andererseits zu vermitteln. Auch Probleme mit öffentlichen und privaten Betreuungsorganisationen fallen in den Zuständigkeitsbereich der Ombudsperson.

Monitoringfunktion
Die Ombudsperson überwacht die Umsetzung internationaler Übereinkommen insbesondere das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (UNKRK). Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann die Ombudsperson auch eigene Untersuchungen durchführen. Zudem wird sie im Interesse von Kindern und Jugendlichen bei Behörden und anderen Institutionen mit Eingaben oder Beschwerden vorstellig und hat Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht bei Gerichten, Landes- und Gemeindebehörden sowie privaten Einrichtungen und Organisationen (KJG Art. 98).

Weitere Aufgaben
Zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen, die Kinder und Jugendliche in besonderem Masse berühren, nimmt

die Ombudsperson im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens Stellung. Ein weiterer Aufgabenbereich ist die Öffentlichkeitsarbeit, um über die Kinderrechte und damit verbundene Themen zu informieren. Die Ombudsperson verfasst jährlich einen Tätigkeitsbericht zu Handen des Landtags.

Umsetzung des gesetzlichen Auftrages im Jahr 2013

Anlauf- und Beschwerdestelle

Im Berichtsjahr 2013 wurde die OSKJ- Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche in 19 Fällen kontaktiert. In den einzelnen Fällen ging es um Anliegen, Probleme, Anregungen und Fragen zu unterschiedlichen Kinder- und Jugendthemen. Zudem gab es Beschwerden betreffend die Vorgehensweise bzw. zu Entscheidungen von Behörden und Institutionen. Die an die OSKJ herangetragenen Anliegen waren unterschiedlicher Art. Auch 2013 gab es eine gewisse Häufigkeit der Beschwerden und Probleme im Bereich Schule und Familie. Je nach Problemstellung hat die Ombudsfrau mit den betroffenen Stellen Kontakt aufgenommen, um sich ein Bild über die Vorgehensweise zu machen. In einigen Fällen ist es der Ombudsfrau gelungen, zwischen den Parteien zu vermitteln oder zu einer Lösung des Problems beizutragen. Weitere Ratsuchende wurden über ihre Handlungsmöglichkeiten informiert und an die für ihr Problem zuständige Stelle weiterverwiesen.

Nebst Schulproblemen, Mobbing und Obsorgestreitigkeiten wurden 2013 auch einige Fälle betreffend sexuellen Missbrauchs an die Ombudsstelle herangetragen. In 6 der insgesamt 19 Fälle hatte die Ombudsperson direkten Kontakt mit den Jugendlichen.

Es liegt in der Natur der Sache, dass sich – vor allem in Fällen wo Kinder betroffen sind – die Erwachsenen an die Ombudsstelle wenden. Jedoch ist die Existenz der OSKJ vielen Erwachsenen nicht bekannt. Aufgrund ihrer bescheidenen Ressourcen ist die Ombudsstelle nach wie vor eine hochschwellige, in der Bevölkerung noch zu wenig bekannte Anlaufstelle.

Monitoring-Funktion

Im Berichtsjahr konnte die Ombudsfrau zusammen mit einer Vertreterin des Kinder- und Jugendbeirates (KIJUB) den Kinder- und Jugendbericht 2011 in weiteren Gremien, wie z. B. beim Schulamt sowie anlässlich einer Vorsteherkonferenz vorstellen und mit den Verantwortungsträgern Empfehlungen zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen in Liechtenstein erörtern. Mit der Veröffentlichung des Kinder- und Jugendberichts 2011, ein Gemeinschaftsprojekt der OSKJ-Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche und des Kinder- und Jugendbeirates (KIJUB), welche Anfang Juli 2012 erfolgte, kommt die OSKJ ihrer Monitoring-Funktion nach. Der Kinder- und Jugendbericht 2011 wurde im Rahmen des dritten und vierten Länderberichts Liechtensteins zuhanden des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes in Genf eingereicht. Er gibt Auskunft über die Lebenssituation von jungen Menschen in Liechtenstein und wurde so konzipiert, dass er auch der liechtensteinischen Öffentlichkeit sowie Politikern und Behörden nützliche Informationen liefert. Im Rahmen von verschiedenen Projekten und in Zusammenarbeit mit weiteren Institutionen in Liechtenstein wurden Kinder und Jugendliche über die Kinderrechte informiert, bekamen Gelegenheit, sich damit auseinanderzusetzen und wurden dazu befragt, was sie in Liechtenstein gut finden, was sie stört und was sie verändern würden. Insgesamt wurden 1006 Kinder und Jugendliche im Alter von 7 bis 18 Jahren befragt. Das sind 20% der in Liechtenstein lebenden jungen Menschen dieser Altersgruppe. Neben den Ergebnissen der Befragung enthält der Bericht konkrete Empfehlungen, zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen und zur konsequenten Umsetzung der Kinderrechte (Download unter: http:/www.deinerechte.li/projekt1.php). Erfreulicherweise kann festgestellt werden, dass in Bezug auf einige Empfehlungen bereits Massnahmen ergriffen wurden.

Vernetzung mit Institutionen und Organisationen im FL

Ein regelmässiger Informationsaustausch und die Zusammenarbeit mit Organisationen und Institutionen im FL ist für die Ombudsstelle sehr wichtig und unbedingt erforderlich, um den gesetzlichen Auftrag erfüllen zu können. Nebst Gesprächen mit Vertretern von verschiedenen Institutionen und dem Besuch von kinderrechtsrelevanten Veranstaltungen sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Zusammenarbeit mit dem aha – Tipps und Infos für junge Leute zu erwähnen sowie die Aktivitäten der Kinderlobby Liechtenstein. In der Kinderlobby Liechtenstein engagieren sich zur Zeit 16 Organisationen. Ansprechperson und Koordinatorin der Kinderlobby ist die Ombudsperson für Kinder und Jugendliche. Die Kinderlobby Liechtenstein versteht sich als Netzwerk für Kinderrechte und trifft sich seit Januar 2012 regelmässig zu gemeinsamen Sitzungen. Im Vordergrund steht dabei der Informations- und Meinungsaustausch sowie die Vernetzung. Weitere Aktivitäten sind die Koordination von Ferienveranstaltungen für Kinder und die Organisation einer Veranstaltung zum Tag der Kinderrechte vom 20. November. Der Anlass zum Tag der Kinderrechte 2013 fand auf dem Peter-Kaiser-Platz in Vaduz statt und stand unter dem Motto «mein Recht auf Familie». Mittels einer Frage-Postkarte waren alle Schulkinder in Liechtenstein von der Kinderlobby aufgefordert worden, ihre Wünsche für die Familie zur Veranstaltung mitzubringen. Schliesslich konnte der Ehrengast, Familienminister Mauro Pedrazzini, 93 Postkarten mit Kinderwünschen entgegennehmen. Die Auswertung der Befragung ist unter folgendem Link zu finden: http://www.oskj.li/Portals/0/docs/%20Recht%20auf%20Familie,%20Auswertung.pdf

Weiter wirkte die Ombudsfrau auch im Berichtsjahr in der «Arbeitsgruppe Obsorge» mit, welche sich seit 2011 – im Zusammenhang mit der geplanten Reform des Kindschaftsrechts - für die Einführung von verbesserten Rahmenbedingungen engagiert, die Eltern darin unterstützen, auch nach der Trennung eine verantwortungsvolle Elternschaft zu leben. Die Arbeitsgruppe Obsorge setzt sich zusammen aus Mitgliedern des Frauennetzes, des Vereins für Männerfragen, des Vereins für Mediation sowie der OSKJ-Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche und der Stabstelle für Chancengleichheit (Koordination). Im Berichtsjahr traf sich die Arbeitsgruppe zu mehreren Sitzungen und insgesamt zwei Round-Table-Gesprächen mit Regierungsrat Thomas Zwiefelhofer. Die Arbeitsgruppe setzt sich für die Einführung einer Mediation für Eltern mit Kindern unter 16 Jahren ein, plädiert für Leitlinien, die es Eltern ermöglichen, die gemeinsame Obsorge verbindlich zu regeln und regt an, dass die interdisziplinäre Zusammenarbeit der involvierten Fachstellen verbessert und mittels eines Verhaltenskodex' geregelt wird.

Stellungnahme zu Vernehmlassungen

Im Berichtsjahr verfasste die Ombudsperson eine Stellungnahme mit Fokus auf die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention zum Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Reform des Kindschaftsrechts. Als Mitglied der Arbeitsgruppe Obsorge wirkte sie zudem mit bei der Erarbeitung einer gemeinsamen Stellungnahme der Arbeitsgruppe Obsorge zur Vorlage der Regierung betreffend die Reform des Kindschaftsrechts.

Direkter Kontakt mit Kindern und Jugendlichen

Im Rahmen ihrer Ressourcen konnte die Ombudsfrau auch im Berichtsjahr einige direkte Kontakte mit Kindern und Jugendlichen knüpfen. So besuchte die Ombudsfrau die JUBEL-Vollversammlung (Jugendbeteiligung Liechtenstein) und hielt in zwei Klassen der Realschule Triesen einen Workshop zum Thema Rechte und Pflichten. In der Primarschule Schaan besuchte die Ombudsfrau eine 3. Klasse, welche sich im Rahmen eines Projektes mit den Kinderrechten auseinandersetzte und sich mit ihren Beiträgen zum Recht auf Familie an der Gestaltung des Anlasses zum Tag der Kinderrechte 2013 beteiligte.